Donnerstag, 22. Mai 1924. **Einzelnummer 15 Groschen.** 63. Jahrgang. Nr. 117.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty: bei der Geschäftsstelle . 3.50, bei den Ausgabestellen 3.70, durch Zeitungsboten . 3.80, durch die Post . . . . 3.50 ausschl. Postgebühren, ins Ausland 6 Złoty, in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Sturmangriff.

Immer zahlreicher werden die Stimmen in Polen, die sich mit der Frage der nationalen Minderheiten befassen, und in immer größeren Kreisen wird die Behauptung aufgestellt, daß der Minderheitenvertrag, der den Schutz der Minderheiten garantiert, gekündigt und aufgehoben werden soll, weil ja diese geforderte Gleichberechtigung der Minderheiten, den anderen Bürgern gegenüber, bereits in der Verfassung festgelegt sei.

Diese Tatsache ist richtig. Aber was man nicht beachtet hat, daß diese Gleichberechtigung in die Verfassung kaum aufgenommen worden wäre, wenn der Friedensvertrag von Versailles diese Bestimmung nicht gefordert hätte. Es ist nicht unwesentlich hier auf eine bekannte Tatsache zurückzukommen, die begründen soll, aus welchen Erwägungen heraus, dieser Minderheitenvertrag eigentlich geschaffen worden ist. Herr Trąmpczyński hat als offizielle Persönlichkeit, als erster Mann in Polen gesagt, daß dieser Minderheitenvertrag gekündigt werden müsse, weil er Polens Souveränität beschränke. Wir wollen davon absehen zu betonen, daß Herr Trąmpczyński, als er noch preußischer Landtagsabgeordneter war, die internationale Regelung durch Abschluß eines Vertrages zum Schutz der Minderheiten verlangt hat.

Warum aber ist Polen der Minderheitenvertrag gegeben und zur pünktlichen Erfüllung empfohlen worden? Auf diese Frage gibt uns ein sehr bekannter Mann die Antwort. Es ist in einem Brief an den ehemaligen Ministerpräsidenten Paderewski geschehen und dieser Mann heißt Clemenceau, der die Friedensverhandlungen geleitet hat. Aus diesem Brief, der am 24. Juni 1919 Herrn Paderewski übermittelt wurde, wollen wir einige charakteristische Stellen zitieren, die klar darauf Auskunft geben. Es heißt dort u. a.:

„Indem ich Ihnen offiziell die endgültige Entscheidung der alliierten und assoziierten Hauptmächte über diesen Gegenstand mitteile, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, Ihnen in formellerer Art, als es bisher geschehen ist, die Richtlinien darzulegen, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte geleitet haben, als sie sich mit dieser Frage beschäftigten.

1. In erster Linie **bemerke ich, daß der Minderheitenvertrag kein Novum darstellt.** Es ist eine seit langem im öffentlichen europäischen Recht festgelegte Handhabung, daß, wenn ein Staat geschaffen wird, oder wenn ein bereits bestehender Staat erhebliche Gebietsvergrößerungen erfährt, seine gemeinsame und formelle Anerkennung durch die Großmächte von einer Versicherung begleitet sein muß, daß dieser Staat sich in der Form einer internationalen Konvention verpflichtet, **gewisse Regierungsprinzipien zu beobachten.**"

Es folgen hier Beispiele, unter denen auch Bismarck zitiert wird. Dann heißt es weiter:

„Die alliierten und assozierten Hauptmächte sind der Meinung, daß sie es an der ihnen zugefallenen Verantwortlichkeit fehlen lassen würden, wenn sie bei der Gelegenheit sich von dem entfernten, was für sie eine feste Tradition geworden ist. Bei dieser Gelegenheit muß ich Ihre Aufmerksamkeit an die Tatsache erinnern, daß die polnische Nation den **Anstrengungen und Opfern der Mächte, in deren Namen ich mich an Sie wende, ihre Unabhängigkeit zu danken hat.** Es ist ihrer Entscheidung zu danken, daß die polnische Souveränität auf dem Wege ist, auf die in Frage stehenden Gebiete wieder ausgedehnt zu werden und daß die Bewohner dieser Gebiete der polnischen Nation einverleibt werden sollen. **Hauptsächlich von der Stütze, welche die Hilfsquellen dieser Mächte dem Völkerbund zuteil werden lassen, wird Polen in Zukunft abhängen.** Daraus erwächst für diese Mächte die Verpflichtung, welcher sie sich nicht entziehen können, in der dauerhaftesten und feierlichsten Form die Garantien gewisser Hauptrechte sicherzustellen, welche den Einwohnern den nötigen Schutz bieten, welches auch immer die Veränderungen seien, die in der inneren Konstitution des polnischen Staates sich ereignen könnten."

„Ich möchte Sie weiterhin darauf aufmerksam machen, daß eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen ist, welche es erlaubt, jede Meinungsverschiedenheit, welche die Aenderung dieser Klausel hervorrufen könnte, vor den Gerichtshof des Völkerbundes zu bringen. Auf diese Weise werden Streitigkeiten, welche entstehen könnten, der politischen Sphäre entrückt, um einem Gerichtshof übertragen zu werden, was, wie man hofft, unparteiische Entscheidungen erleichtern und gleichzeitig die Gefahr einer Einmischung der Mächte in die inneren Angelegenheiten Polens beseitigen wird."

„Es ist eine neue Lage, welche die Mächte jetzt in Erwägung zu ziehen haben, und die Erfahrung hat gezeigt, daß neue Bestimmungen notwendig sind. Die Gebiete, welche jetzt an Polen und andere Staaten übergehen, umfassen unvermeidlicherweise eine beträchtliche Bevölkerung, welche andere Sprachen spricht und anderen Rassen angehören als diejenige des Volkes, welchem sie einverleibt werden. Unglücklicherweise sind diese Rassen durch bitteren Haß lange Jahre hindurch getrennt gewesen. Es ist anzunehmen, daß diese Völker sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, daß sie versichert sind, beschützt und tatsächlich bewahrt zu sein gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrückung."

„**Es ist nicht unvereinbar mit der Souveränität des Staates**, Schulen anzuerkennen und zu unterstützen, in welchen die Kinder unter demselben religiösen Einfluß stehen, welchen sie von Hause aus gewöhnt sind."

„Der Vertrag, durch welchen Polen feierlich vor der Welt seinen Entschluß, die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Toleranz aufrechtzuerhalten erklärt, welches die grundlegenden Prinzipien des alten Königreichs Polen waren, und durch den es auf die ausdrücklichste und formellste Weise die Bestätigung seiner Rückkehr in die Familie der unabhängigen Nationen empfängt, wird durch Polen und durch die alliierten und assoziierten Hauptmächte bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland und zu gleicher Zeit unterzeichnet werden."

Das sind hier einige Stellen aus dem Briefe Clemenceaus, die man im Laufe der letzten Jahre vergessen zu haben scheint. Hier sind die Bedingungen angegeben, unter denen Polen ein souveräner Staat wurde.

Polen wurde unabhängig durch den Vertrag und durch bestimmte Bedingungen des Vertrages. Polen hat die Bedingungen angenommen und sich zur Einhaltung verpflichtet. Es ist die Natur eines jeden Vertrages, daß durch diesen der Rechtskreis der Parteien eingeschränkt wird. Wo Rechte entstehen, erwachsen auch Pflichten. Man geht diesen nicht aus dem Wege, indem man bestrebt ist, den Vertrag zu kündigen.

Die Behauptung, die immer wieder aufgestellt wird, daß die Minderheiten besondere Privilegien erhalten haben, die die anderen Bürger nicht besitzen, ist unwahr. Die Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten sind nur dazu da, um die Garantie dafür zu geben, für den Fall, daß die Rechte, die allen Bürgern zustehen, den Minderheiten geweigert werden sollten. Und wenn nun diese Minderheit an die internationale Instanz ging, so ist das eine Folge davon, daß die Rechte in der Praxis diesen Minderheiten nicht zugestanden worden sind. Daß dem so ist, ist eine Tatsache, die auch von diesen internationalen Institutionen festgestellt worden ist. Der Völkerbund beschäftigt sich nur mit festgestellten Übertretungen bestimmter Rechte, über deren Unverletzlichkeit er zu wachen hat. Und wenn sich der Völkerbund damit beschäftigt hat, so hat er auch diese verletzten Rechte festgestellt. Nicht jede Beschwerde wird vor dem Völkerbund der Gegenstand einer Untersuchung, sondern erst jene Beschwerden werden untersucht, die der Völkerbundsrat zuvor geprüft, durch ein Mitglied des Völkerbundsrates vorgelegt erhält.

Die Verdächtigungen, die man den Minderheiten in diesen Fragen täglich entgegenschleudert, sind nicht zu beweisen. Die Kündigung des Minderheitenvertrages ist ein Unding, denn der Minderheitenvertrag ist kein Sondervertrag, sondern die Ausführungsbestimmung zum Artikel 93 des Friedensvertrages. Die Kündigung des Minderheitenabkommens zu fordern, heißt demnach die Revision des Friedensvertrages fordern.

Wenn eine Aenderung auf gesetzlichem und vertragsmäßigem Wege angestrebt wird, so läßt sich dagegen an sich nichts sagen. Es ist aber doch höchst fraglich, ob eine solche Forderung im Augenblick zu Gunsten Polens ausfallen würde. Der Völkerbund hat selber Verfehlungen festgestellt, die Folge wäre wahrscheinlich nur eine Verschärfung der Bestimmungen. Polen dankt, wie der Brief Clemenceaus beweist, letzten Endes diesem Vertrag seine Selbständigkeit. Unter diesen Bedingungen erhielt Polen seine Souveränität. Es ist doch undenkbar, daß man in Polen ernsthaft mit dem Gedanken spielen könnte, auf Kosten der Souveränität des eigenen Staates einen Schutzvertrag aufheben zu wollen, der die Handhabe für seine erweiterte Existenz bildet. Der Minderheitenschutzvertrag ist kein in der Luft schwebendes Sondergebilde, er ist ein Teil des Ganzen. Diesen Teil herausreißen, heißt das Ganze zerstören.

Wer das nicht einsehen will und kann, dem ist nicht zu helfen. Auch dem kann nicht geholfen werden, der nicht einsehen will, daß der Sturmangriff auf diesen Minderheitenschutzvertrag Polen nur das Vertrauen und den Glauben an seine Toleranz in der Welt zerstören kann. Auf dem besten Wege sind wir dazu. Und auch die Praxis hat gezeigt, wie weit es führt die Toleranz auf dem Papier zu haben und nicht in die Tat umzusetzen.

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich!

Dämmert es?

„Immer sichtbarer treten wir in die Periode, da man sich mit den Fragen der nationalen Minderheiten in Polen nicht nur gelegentlich, sondern gründlich befaßt. Das geschieht verhältnismäßig spät. Fast fünf Jahre nach der Befestigung des Grundgerippes der Westgrenze und drei Jahre nach der Festlegung der Ostgrenze. Die Gründe für die Verspätung waren verschieden. Zum Teil die berechtigte Konzentration der Aufmerksamkeit auf noch dringendere Fragen, die erst die unentbehrliche Grundlage dafür bildeten, an die Frage der nationalen Minderheiten ordentlich heranzugehen, nämlich in der Festsetzung des Staates auf internationalem Boden, in der Verfassunggebung und in der Regelung der Finanzwirtschaft; zum anderen Teil das schon weniger berechtigte, bei uns aber leider erbliche Zaudern gegenüber großen Aufgaben, bekannt aus den verschiedenen Abschnitten unserer Geschichte, und zum letzten Teil die halb berechtigte und halb nichtberechtigte Resistenz und Unlust wegen der sehr herausfordernden und dem Staate gegenüber unkorrekten oder gänzlich feindlichen Haltung (!) des überwiegenden Teiles der Vertreter sämtlicher Minderheiten. Wie die Ursachen der Verzögerung auch sein mögen, gut ist jedenfalls, daß eine gründliche Prüfung und Erledigung der Angelegenheiten beginnt, **die ungefähr 30 Prozent der Landesbewohner und Staatsbürger betreffen.** In dem Geräusch, das das Herantreten an diese Arbeit begleitet, sind nicht wenig übermäßig gedehnte und hohle Klänge. Um aber auf diesem Wege der wirklich notwendigen ernstlichen Erledigung der Minderheitsfragen zu verharren, muß man eben deutlich sehen, weshalb es getan wird.

Welche Motive bewegen uns oder sollten uns vielmehr dazu bewegen, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Man hört gewöhnlich von drei Dingen: 1. Vom ausländischen Druck der Westmächte, der sich auf die Bestimmungen des sogenannten Minderheitsvertrages stützt; 2. von benachbarten Aufwieglungsversuchen, die über die Grenze Unzufriedenheit stiften, was unschädlich gemacht werden muß; 3. von der Befolgung der Grundgebote unseres Staatsrechts gegenüber den Staatsbürgern anderer Nationalitäten.

Diese Ursachen sind ungleicher Bedeutung, und zwar ist im Gegensatz dazu, was ziemlich allgemein behauptet wird, die erste am wenigsten wichtig. Die zweite kommt schon mehr in Betracht, aber entscheidend, und am wesentlichsten ist **die dritte.** Es vergeht jetzt kein Tag, an dem man nicht hört: Ramsay Mac Donald erkundigt sich eingehend über die Fragen unserer Minderheiten. Ihr werdet sehen, was Painlevé mit der ganzen französischen Linken darüber denkt. Im Völkerbunde ist die Stimmung **sehr streng.** Alles gut, aber am Ende werden alle einschlägigen Urteile des Auslandes, **mit denen man übrigens sehr rechnen, und deren günstige Gestaltung die Aufgabe einer verständigen polnischen Politik sein muß,** auf dem Boden der Prüfung der international festgelegten Verpflichtungen des polnischen Staates, oder kurz auf Grund der Bestimmungen des sogenannten Minderheitenvertrages aufgeklärt. Nun enthält der in Versailles am 28. Juni 1919 zwischen den Hauptmächten und Polen abgeschlossene Vertrag in dieser Hinsicht so allgemein gehaltene und enggefaßte Bestimmungen — hauptsächlich auf dem Gebiete des Gebrauchs der Muttersprache und auf dem Gebiete des Schulwesens —, daß ihre Erfüllung weit davon entfernt ist, was wir selbst den Minderheiten bedeutend ausgiebiger geben wollen. Oder man hört auch folgendes: Die Sowjets weisen mit ihrer Politik in Weißrußland und in der Ukraine die Grenzbevölkerung in Polen darauf hin, daß es dort besser sei; dasselbe ist es mit den Deutschen in Oberschlesien. Es ist klar, die anziehende Macht der Sowjets, von denen Grabeskälte der Unterdrückung, des Elends und der Zerrüttung weht, ist heute sehr gering. Und ebenso ist Deutschland eher alles andere, als ein sich durch Ordnung und Wohlstand empfehlendes Land, womit es noch vor zehn Jahren die Völker zu knechten sich bemühte. Auch trügerischer Köder kann eine unzufriedene und verbitterte Bevölkerung betören. Er darf also nicht auf geeigneten Boden fallen. Und hier erst ertönt die wirklich überzeugende Stimme der Bestimmungen des fünften Abschnitts unserer Verfassung: **Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich. Jeder Bürger hat das Recht, seine Nationalität zu wahren und seine Sprache und die nationalen Eigenheiten zu pflegen. Besondere Staatsgesetze werden den Minderheiten im polnischen Staate volle und freie Entwicklung ihrer nationalen Eigenheiten mit Hilfe autonomischer Minderheitsverbände von öffentlichem Rechtscharakter im Bereich der Verbände der allgemeinen Selbstverwaltung sichern.** Die polnischen Bürger, die zu den nationalen und konfessionellen oder sprachlichen Minderheiten gehören, haben mit den anderen das gleiche Recht, wohltätige, religiöse und soziale Anstalten und Schulen auf eigene Kosten anzulegen, zu beaufsichtigen und zu verwalten. Allen Bürgern wird Gewissens- und Bekenntnisfreiheit verbürgt. Diese Bestimmungen bestehen in der Verfassung deshalb, weil der polnische Staat nicht gestützt sein kann auf Unterdrückung, sondern auf die Freiheit und Zufriedenheit des großen Teiles seiner Bürger. **Deshalb ist die Verwirklichung dieser Bestimmungen in verständiger und ehrlicher Weise Arbeit für den Staat."**

*

Dieser Artikel, der mit einem Male so ganz andere Worte findet, stammt nicht etwa aus einer Linkszeitung, die ja in Posen sowieso als verdächtig gelten würde, nein, dieser Artikel stammt aus einer nationaldemokratischen Zeitung — aus der „**Rzeczpospolita**" —, die sich sonst auch im Kampf gegen die Minderheiten alle möglichen Dinge geleistet hat —, und der Schreiber dieses Artikels ist Herr Stroński, der sich auch schon alle möglichen Dinge geleistet hat.

Der Artikel ist sehr lehrreich, denn er gesteht doch im großen und ganzen ein, daß man die Minderheiten schlecht behandelt hat, und er fordert, daß man ihnen die Rechte geben müsse, die sie zu beanspruchen haben. Dieser Artikel von Herrn Stroński wird im Posener „Kurjer" kaum jemals gefunden werden, und der hier lebende hervorragende Jurist wird sich kaum zu einem solchen Wort bekennen wollen. Und doch sind das Parteifreunde. Alle diese Interessenten, der „Kurjer", Herr Kierski und Herr Stroński, sie gehören einer Partei an, und während die eine Hälfte die Unterdrückung predigt, ruft die andere Hälfte in Warschau, daß man den Minderheiten die Rechte geben müsse.

Noch wichtig ist die Bemerkung, in der die „Rzeczpospolita" zugibt, daß **30 Prozent der Bürger Polens nichtpolnische Natio-**

nalitäten sind. Damit wird für den eigenen Kreis der Posener Drahtzieher festgestellt, daß Polen kein reiner Nationalstaat ist, denn wenn 30 Prozent der Bürger Nichtpolen sind, kann man von einem reinen Nationalstaat nicht reden. Und gegen die Nationalitäten läßt sich nicht auf die Dauer regieren. Aber es ist ja auch keine Schande, ein Nationalitätenstaat zu sein. Im Gegenteil — gerade ein solcher Staat wird sich des Vertrauens in der Welt ganz anders erfreuen, wenn er es fertig bringt, durch Erfüllung seiner Pflichten die Bürger seines Landes in freier Entwicklung vorwärts zu führen, sie nicht durch Zwang und Gewalt gedrückt und klein zu machen. Gerade das polnische Volk müßte doch das Gefühl gegen die Unterdrückung besitzen.

Herr Stroński schreibt in der „Rzeczpospolita", in einem Blatt, das immer gegen alle aus dem Minderheitenvertrag erwachsenen Pflichten war. Was bedeutet dieser Artikel des Herrn Stroński — ist das wirklich Dämmerung oder ist das nur der Blick auf Frankreich, um einen guten Eindruck zu machen?

Herren und Eindringlinge.

Der „Kurjer Poznański" ist sehr ungehalten. In einem längeren Artikel, in dem er in bekannter Art Tatsachen und Unwahrheiten durcheinander mengt und seine Ausführungen auf Behauptungen ohne Beweise gründet. Der Artikel zeigt uns den Geist des „Kurjer", in dem er immer weiter fort watet. Wir haben keine Veranlassung, diesen typischen Kurjerartikel diesmal zu übergehen, obwohl wir jeden Tag ähnliche Dinge dort lesen können.

„Fügung des Schicksals und zum großen Teil unsere Weichherzigkeit bewirkten, daß die Herrschaft der Seelen in dem hier verbliebenen deutschen Lager in der Hand unversöhnlicher Elemente blieb, derselben, die zur Zeit unserer Knechtschaft tätigen Anteil nahmen an der Exterminationspolitik der preußischen Regierung und sich zu dem einheimischen polnischen Element höchst feindlich verhielten. Die deutsche Bevölkerung, der die Politik der preußischen Regierung und deren hiesigen Führer, zum großen Teile durch Reptilienfonds angesteckt, selbständiges politisches Denken verlernte, war ratlos, schenkte ihren früheren Verführern Gehör und folgte ihrem Beispiel. Zuerst begann eine Massenauswanderung der Deutschen. Diejenigen, die hier am lautesten „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen und aus der für das Deutschtum reich gefüllten Regierungskrippe gelebt hatten, diejenigen, die gegenüber der polnischen Bevölkerung das meiste auf dem Gewissen hatten, flüchteten zuerst, obwohl ihnen von seiten der unlängst unterdrückten polnischen Bevölkerung keine persönliche Gefahr drohte. Diese flüchtenden Helden des Deutschtums zogen breitere Kreise der deutschen und jüdischen Bevölkerung nach sich, bis aus Berlin, das nicht wußte, was es mit den Massen der flüchtenden Verfechter des Deutschtums anfangen sollte, den Befehl gab: Hierbleiben!

Mag das „Posener Tageblatt" also nicht heute die Schuld für die anfangs massenhafte Auswanderung der Deutschen auf die Politik des „Kurjer Poznański" schieben, der diese Emigration verursacht und verschuldet haben sollte. Nein, das war eine Reflexbewegung von Fremdlingen (!), die sich mit der Scholle nicht verwachsen fühlten, auf der sie lebten, und gegen die einheimische polnische Bevölkerung wirkten, und die ohne den Beistand ihrer Regierung fühlten, daß sie den Boden unter den Füßen verloren hatten, und daß sie an weitere „Liebesgaben" der Regierung nicht mehr denken und auf sie nicht mehr rechnen konnten. Auf einmal wurde den bisherigen Führern des Deutschtums die Losung: „Hierbleiben!" zuteil. Diejenigen von ihnen, die geblieben waren, fingen an, die Flüchtlinge als Verräter (!) zu schelten.

Der Vertrag über die nationalen Minderheiten und seine undeutlichen Bestimmungen wurden für sie das Mittel, das von anderer Seite zum Ziele führen sollte, um so mehr, als sie hier die Hilfe der deutschen Regierung genießen (!), die, wie nachweislich (!) festgestellt worden ist, zur Erhaltung der Verfechter des Deutschtums in Polen im geheimen materielle Hilfe (!) gewährt für verschiedene Aktionen des Deutschtums in Polen. Der frühere deutsche Volksrat wandelte sich nach kurzer Übergangsphase durch die „Deutsche Partei" in den „Deutschtumsbund", der das geworden ist, worüber das „Posener Tageblatt" so aufgebracht ist, nämlich ein Stachel im polnischen Körper. An seine Spitze traten erprobte Hakatisten von früher, der frühere Landrat Naumann und ein Mitglied, das schon zu polnischer Zeit im preußischen Heere den Rang eines Majors erhielt und annahm, Herr Graebe. Sie blieben nicht dabei, das Deutschtum in unseren Westgebieten zu organisieren, sondern folgten Spuren ihres Meisters Tiedemann, belebten den Geist des Widerstandes gegen das Polentum und organisierten ihn in ganz Polen. Zur Unterstützung ihrer Aktion mobilisierten sie gegen uns alle anderen nationalen Minderheiten, vor allem die Ruthenen, zu denen Tiedemann seit Jahren nahe Beziehungen unterhielt und mit denen er sogar landwirtschaftliche Ausstände veranstaltete, um die Position des polnischen Großbesitzes in Kleinpolen und die einst starke Stellung der Polen im früheren Österreich zu untergraben. Das Ziel dieser Tätigkeit besteht hauptsächlich darin, die Gemüter unter den nationalen Minderheiten in ewiger Gärung gegen Polen und die polnische Herrschaft zu halten. Jede Kleinigkeit in den Beziehungen der polnischen Behörden auf dem Terrain der nationalen Minderheiten wird zu großem Unrecht aufgebauscht, mit dem man vor den Völkerbund geht und den polnischen Namen verunglimpft. Als Unrecht wird jede Tatsache verkündet, wo die Regierung und ihre Behörden die sich aus dem Versailler Vertrage **ergebenden Bestimmungen durchführen,** und sogar freiwillige Verträge zwischen deutschem Besitzer und polnischem Käufer werden vor das Forum des Völkerbundes geschleppt als Taten, die den Vertrag über die nationalen Minderheiten verletzen. Und man denke, daß die ganze Aktion gegen die angeblichen polnischen Widerrechtlichkeiten, die sich auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages stützen, in der Hand von Leuten ruht, die zur Zeit der preußischen Herrschaft jedes den Polen zugefügte preußische Unrecht nicht nur guthießen, sondern immer neue Gewalttaten gegen uns verlangten und in ihrer Ausübung auf Schritt und Tritt redlich halfen. Das ist es eben in der Tätigkeit des Deutschtumsbundes, was am meisten reizt, daß gerade die früheren Verfechter des Unrechts uns immer darüber belehren wollen, was Recht und Unrecht ist und die Rolle vereidigter Sachwalter des Rechtes zu spielen versuchen. „Gracchi de seditione querentes." Sie beklagen sich immer über irgend ein Unrecht und setzen, um die Gemüter unter den nationalen Minderheiten zu reizen, fortwährende Sejminterpellationen auf, die dann in ihren Zeitungen zu Agitationszwecken(!) gedruckt werden und sich nach der Prüfung als Geringfügigkeiten und typische „querelles allemandes" erweisen. Dabei mischen sie sich in die Streitigkeiten zwischen den polnischen Parteien und stellen sich immer auf die Seite derjenigen, bei denen das Gefühl der polnischen Staatlichkeit am schwächsten ist, und die für ihre „Prinzipalitäten" bereit sind, im gegebenen Falle wohl das Staatsinteresse zu opfern. Da sie selbst reinblütig Neationalisten sind, hassen sie besonders die Parteien und Leute, die das Staatsinteresse bei ihren Handlungen in erster Linie im Auge haben. Es genügt, **ihren wilden Haß gegen den Rechtskenner (!) Kierski festzustellen,** dessen politische Gebote (!) und Rechtskenntnis sie auf Schritt und Tritt verunglimpfen. Sie, die früheren Bekenner und Verfechter jedes preußischen Unrechts! Sie wehren sich gegen die Vorwürfe der Illoyalität, aber man braucht nur die Elukubrationen der beiden Hauptpresseorgane in Großpolen, des „Posener Tageblatt" und der Bromberger „Deutschen Rundschau" kritisch zu lesen.

Diese beiden Blätter stehen ganz auf dem Boden der alldeutschen Politik, und ihr Ideal sind Männer und Feinde Polens unter Polen, wie Helfferich oder Stinnes, denen sie Nekrologe schrieben, die sich eher für alldeutsche Blätter, wie die „Deutsche Zeitung" in Berlin eignen, nicht aber für Blätter, die in Polen erscheinen. War es eine loyale Tat gegenüber Polen und den Polen, daß zu Ehren von Kopernikus als eines Deutschen Feiern veranstaltet wurden, mit denen ein Mitglied des Deutschtumsbundes, Dr. Rauschning, den der Posener Wojewode als lästigen Ausländer auswies, für dessen Erhaltung in Polen aber der Domherr Klinke, ein eifriges Mitglied des Deutschtumsbundes, nach Warschau fuhr und das Seinige erreichte, unsere polnischen Städte bereiste.

Auf derselben Linie verdächtiger Loyalität steht in diesen beiden Hauptorganen des „Deutschtumsbundes" das Entgegenstellen in allen Fragen der Festigung der Großmacht Polens und das Sympathisieren mit ausländischen schädlichen Dezisionen, ebenso die kritiklose Wiederholung aller in deutschen Reichszeitungen gegen Polen geschleuderten Verleumdungen, und endlich der Artikel unter dem Titel „Wir sind loyal", in dem unter Betonung der eigenen verdächtigen Loyalität den Polen der Vorwurf gemacht wird, daß sie dem preußischen Staate und dem Deutschen Reiche gegenüber **illoyal waren,** und in dem zum Beweise Artikel aus einigen weniger bedeutenden (!) polnischen Zeitungen aus ad hoc präparierten Überblicken aus der polnischen Presse angeführt werden, die vom „Ostmarkenverein" herausgegeben und dann in einer besonderen Broschüre des Vizevorsitzenden dieses Ostmarkenvereins, Wagner, unter dem Titel „Polenspiegel" veröffentlicht wurden. Dabei gibt man vor, daß man den grundlegenden Unterschied nicht versteht, der zwischen der Lage der polnischen Bevölkerung des ehemals preußischen Teilgebiets und der Lage der Deutschen im heutigen Polen bestand. **Damals waren wir Parias auf eigenem Boden, unterdrückt, verfolgt und enterbt vom Eindringling, während die Deutschen in Polen Fremdlinge sind, die von der preußischen Regierung zur Ausrottung des polnischen einheimischen Elements in Massen herangeschafft wurden. Wir hatten also als rechtmäßige Herren dieses Landes, die die Abschüttelung des fremden Jochs erstrebten, das Recht und die Pflicht, gegenüber der fremden Regierung, die uns unterdrückte, illoyal zu sein.** Aber die Deutschen in Polen haben dieses Recht nicht. Sie haben die Pflicht, loyal zu sein in unserem Staate, in dem sie in ganzer Fülle den Schutz des Rechtes und sämtliche Freiheiten genießen, wie eben seine rechtmäßigen Herren, und welche Freiheiten ihnen niemand schmälert.

Hier hilft nicht die vom Ostmarkenverein und seinen Historiosophen entlehnte Theorie, daß die von der polnischen Bevölkerung eingenommenen Länder vor der Erstehung Polens vor 1000 Jahren im Besitze der in der ganzen Welt sich herumtreibenden germanischen Horden war, denn auf dieser Grundlage hätten die Deutschen das Recht, einen Teil von Frankreich, Italien und England einzunehmen, oder die ganze Welt würde den Deutschen gehören; denn wo haben sich die deutschen Horden zur Zeit der Völkerwanderung nicht herumgetrieben?! In Deutschland besteht jetzt eine ganze Schule von Historiosophen, die auf dieser Grundlage ganz Europa für Deutschland reklamieren möchten. Sie gelangt zu unmöglichen Absurden, die man sich nur pathologisch erklären kann. Aber daraus, daß die Presseorgane des Deutschtumsbundes diesen Theorien huldigen, kann man sich davon überzeugen, aus welcher Schule ihre geistigen Führer stammen und welchen Zielen sie nachstreben. Eine besonders geartete Loyalität gegenüber Polen dokumentiert endlich das Posener Organ des Deutschtumsbundes, das „Posener Tageblatt", anläßlich des Aufenthaltes des Staatspräsidenten in Posen. Alle seine Reden und Auftritte beschreibt es mit schlecht versteckter Böswilligkeit und Bissigkeit und kündigt zum Schluß eine Appellation der deutschen Regierung gegen die Rede an, die der Präsident im Goldenen Saale des alten Rathauses hielt, gegen die das „Posener Tageblatt" mit Bemerkungen vorging, die sehr weit entfernt sind von jener reklamierten Loyalität. Schon allein die Tatsache, daß das frühere Organ der ehemaligen preußischen Regierung in Posen und des Ostmarkenvereins bislang ungestraft sich solche Auftritte gegen das Haupt unseres Staates erlauben durfte, zeugt am besten von der Freiheit, deren sich die Deutschen in Polen erfreuen, wenn sie sich eine solche Kühnheit erlauben können. Schwatzt also nicht von Loyalität; denn wenn jemand in Polen, dann kennen wir euch gut, und wir lassen uns nicht Sand in die Augen streuen. Ihr seid nicht besser, als der Pastor Willigmann, nur daß er offener ist und keine Komödie zu spielen versteht und sie nicht spielen will."

*

Diesen Artikel bringen wir als Beleg dafür, wie eine kleine Gruppe von Chauvinisten, die bei uns in Posen den Patriotismus für sich allein in Pacht genommen zu haben glaubt, arbeitet. Wird man es diesen Leuten auch nur einmal Recht machen können? Sie leben ja von ihrer chauvinistischen Hetze, die sie als Patriotismus ausgeben. Wir werden es dem „Kurjer" nie recht machen können, und eine besondere Ehre wäre das ja auch nicht für uns.

Sind wir gezwungen, einmal Stellung zu nehmen gegen die Praxis, wie man sie den Deutschen gegenüber doch immer zu fordern beliebt und auch anwendet, dann sind wir Staatsverräter und illoyal. Schweigen wir oder treten wir für bestimmte Fragen ein, die für unsere Heimat lebensnotwendig sind, dann wird dieses loyale Verhalten als verdächtig bezeichnet. Was sollen wir dagegen tun? „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!"

Jedenfalls wissen wir, daß der „Kurjer Poznański" und seine Meinung nicht die Stimme Polens ist. Beweis dafür geben doch die vielen polnischen Blätter, die immer lauter nach Änderung rufen. Beweis für die Rede in Posen, daß sie wirklich nicht angebracht war, ist die Stimmung in vielen großen Blättern Polens, die auch in unserem Sinne geschrieben haben.

Ein polnisches Blatt (der „Kurjer Polski") hat das Wort geprägt, daß der Patriotismus und das nationale Gefühl nicht das Privileg bestimmter Parteien ist. Man hat das bei uns in Posen nicht beachtet. Es gibt auch polnische Bürger, die nationale Polen sind, auch dann, wenn sie nicht die Meinung des „Kurjer" haben. Genau so, wie es in Paris Franzosen gibt, die nicht mit der Gewaltpolitik des Herrn Poincaré einverstanden sind. Oder will der „Kurjer Poznański" etwa sagen, daß Herriot und Painlevé — keine Franzosen sind?

Auch Polens Presse lehnt sich gegen die Praktiken auf, die der „Kurjer Poznański" als Wahrheiten ansieht. Auch gute Polen in Posen unterschreiben nicht das, was der „Kurjer" als den Schluß aller Weisheit preisen will. Das ist doch Beweis genug, daß die deutsche Minderheit durchaus recht haben kann, und Tatsachen schildert, die durchaus der Wahrheit entsprechen, auch dann, wenn man diese Wahrheit nicht gerne hören will. Wir können noch viel übler sein, als man uns macht, und dennoch sachlich recht haben.

Um die Kündigung des Minderheitenvertrages.

Forderungen und kein Ende!

Im „Dziennik Poznański" finden wir folgenden Artikel:

„Das Projekt des Marschalls Trampczyński betreffs der Modifizierung und sogar auch der Annullierung des Vertrages über den Schutz der nationalen und konfessionellen Minderheiten in Polen ist insofern ein wichtiges Problem, als es auf das gewissenhafteste allseitig geprüft werden muß, damit nicht in der weiteren Entwicklung der Angelegenheit ein Fehler gemacht wird. In der Absicht, unseren Lesern ein Bild über den wesentlichen Stand der Frage zu geben, haben wir uns an einige der hervorragendsten Sachverständigen auf dem Gebiete der internationalen Politik und der deutschpolnischen Beziehungen mit der Bitte gewandt, ihre Meinung in dieser brennenden und für uns überaus wichtigen Frage zu äußern. Herr Kazimierz Kierski, Oberrat und Vertreter des Vorsitzenden der Generalstaatsanwaltschaft in Posen, ein hervorragender Jurist (!) und Kenner der deutsch-polnischen Beziehungen in Theorie und Praxis, ein unermüdlicher Forscher in allen mit diesem Problem verbundenen Fragen und Verfasser vieler Arbeiten und zahlreicher Artikel über dieses Thema, hat uns seine Ansicht über das Projekt des Marschalls Trampczyński so geäußert:

Nach der Durchführung der Finanzsanierung halte ich für die wichtigste Frage der Innenpolitik Polens die Lösung des Problems der nationalen Minderheiten. Man wird an dieses Problem ungesäumt herangehen müssen. Zu diesem Zwecke ist vor allem ein genau umrissenes Programm bezüglich dieser Minderheiten festzulegen. Das läßt sich nicht machen ohne die grundsätzliche Entscheidung, ob Polen ein Nationalitätenstaat oder ein Nationalstaat sein soll. Polen kann nur als Nationalstaat stark sein und muß in dieser Richtung seine Politik gegenüber allen Minderheiten führen, denen gegenüber es übrigens seine Aufgabe ganz erfüllt hat, wenn es in der Verfassung jeder nationalen Gruppe volle Gleichberechtigung und sämtliche bürgerlichen Freiheiten gewährt. Der Minderheitenvertrag ist im Augenblick der Einführung der betreffenden Paragraphen der Verfassung ganz überflüssig geworden. Außerdem ist er in höchstem Maße schädlich für den polnischen Staat, da er fürs erste unsere staatliche Souveränität, deren Wahrung die erste Pflicht jeder Regierung ist, einschränkt, weil er den Vorwand dafür gibt, daß die verschiedensten internationalen Faktoren fortwährend in unsere inneren Angelegenheiten eingreifen. Fürs zweite schafft er für die Personen, die zu den nationalen Minderheiten gehören, eine privilegierte Sonderstellung (!) bezüglich der Kernpolen, indem er den Minderheiten die Möglichkeit gibt, bei internationalen Faktoren gegen Verwaltungsmaßnahmen der polnischen Behörden und sogar gegen Gerichtsurteile Berufung einzulegen. Auf diese Weise genießt die Minderheitsgruppe eine Oberinstanz, während die Mehrheit der Bevölkerung ihrer entbehrt, was unbedingt ein juristischer und logischer Absurd ist. Drittens schafft der Minderheitenvertrag ein unaufhörliches Ferment im Innern des Landes, weckt in der kernpolnischen Bevölkerung Mißtrauen gegenüber den Mitbürgern anderer Nationalitäten, schafft eine Atmosphäre der Abneigung und erschwert in höchstem Grade den Prozeß der Unifizierung der sozialen und politischen Interessen der einzelnen Gruppen.

So hat der Minderheitenvertrag Resultate erzielt, die seiner Anlage und den Intentionen, die seine Schöpfer ursprünglich belebten, geradezu entgegenstehen. Fünfjährige Erfahrung hat diese Tatsache nur zu treffend festgestellt. Denn wir wissen gut, wie die Minderheiten diesen Vertrag nutzten, wie ihre Klagen vor das internationale Forum getragen wurden, welche Folgen sich hieraus für Polen und seine Staatsinteressen ergaben und wie verhängnisvoll sie auf die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der polnischen und der andersstämmigen Bevölkerung einwirkten. Wir müssen also auf Grund der oben erwähnten Prämissen zu dem Schluß kommen, daß der Minderheitenvertrag heute schon ganz überflüssig und überdies — das wichtigste — für Polen höchst schädlich ist. Aus diesem Grunde muß die polnische Regierung seine Aufhebung erstreben. —

Welches ist aber hierfür die rechtliche Grundlage? —

Darauf weist der Artikel 12 des Minderheitenvertrages hin, der die Möglichkeit einer Änderung der betreffenden Bestimmungen mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundrates vorsieht, wobei England, Frankreich, Japan, Italien sich verpflichteten, ihre Erlaubnis zu jedweder Änderung, die die Mehrheit der Stimmen des Völkerbundrates erlangen würde, nicht zu versagen. Von dieser Möglichkeit schrieb ich vor mehr als einem Jahre im „Kurjer Warszawski", „Kurjer Poznański" und in meiner Arbeit unter dem Titel „Die Rechte der deutschen Minderheit in Polen". Wenn der Artikel 12 die Möglichkeit vorsieht, daß in den Vertragsbestimmungen Änderungen vorgenommen werden, so kann diese Vorschrift soweit interpretiert werden, daß, wenn der Völkerbundrat angesichts der geänderten Verhältnisse den Vertrag als überflüssig zu erklären, zustimmen würde, er ihn im Sinne des Artikels 12 ganz annullieren könnte. Auf diesem Wege, der sich auf den Vertrag selbst stützt, kann man sich also um die Vornahme von Änderungen oder die gänzliche Aufhebung des Vertrages bemühen. Es ist noch ein anderer Weg, — den Marschall Trampczyński empfohlen hat, und zwar die Kündigung des Minderheitenvertrages mit Polen. Marschall Trampczyński hat, gestützt auf die Theorie und die Praxis des internationalen Rechts, mit Recht betont, daß jeder Vertrag im Falle der Änderung der Verhältnisse, die ihn hervorriefen, von einer der Seiten, die ihn abgeschlossen haben, gekündigt werden kann. Das ergibt sich schon aus dem Begriff der Souveränität des Staates, der befugt ist, über seine Geschicke selbst zu bestimmen. Dies ist speziell bezüglich des Minderheitenvertrages um so begründeter, als er zwischen zwei Seiten abgeschlossen wurde, d. h. zwischen Polen und den alliierten Hauptmächten, von denen eine den Vertrag nicht ratifizierte, weshalb der ganze Vertrag nicht einmal Rechtskraft hat.

Wie ist das Projekt des Marschalls Trampczyński in der Praxis durchzuführen?

Vor allem muß man alles sehr gewissenhaft erwägen, das Aktionsprogramm festlegen und sich daran strikt und konsequent halten. Wenn wir von der Annahme ausgehen, daß der Vertrag vor dem internationalen Forum Gültigkeitskraft besitzt, dann müssen wir im Völkerbundrat unbedingt geeigneten Boden vorbereiten, was man durch die Verständigung mit den Ländern erreichen kann, denen gleichfalls ein Minderheitenvertrag aufgezwungen wurde, und das sind: Rumänien, die Tschechoslowakei und Südslawien. Natürlich ist zu solcher Arbeit große diplomatische Geschicklichkeit und vollkommene Kenntnis aller rechtlichen und politischen Feinheiten nötig, sowie die Orientierung in allen den Triebfedern, die auf dem internationalen Forum wirken und zuweilen einen ganz unrechtlichen Faktor einführen können, der jedoch in Betracht gezogen wird, **da niemand ihn beseitigen will oder beseitigen kann.** Sehr wichtig ist z. B., daran zu denken, daß die Deutschen in der ganzen Frage buchstäblich nichts zu sagen haben, selbst dann nicht, wenn es sich lediglich um die deutsch-polnischen Beziehungen handelte; denn der Vertrag wurde ohne Beteiligung Deutschlands zwischen Polen und den Hauptmächten abgeschlossen. Nichtsdestoweniger ist es Tatsache, daß die Deutschen alle Mittel anwenden werden, um in dieser für sie so vitalen Frage eine entscheidende Stimme zu erlangen. —

Soweit Herr Kierski. Aus den Worten dieses sehr bedeutenden Kenners der Minderheitsverhältnisse geht klar hervor, daß der Vertrag in unerträglicher Weise auf unserem staatlichen Dasein lastet und daß er geändert und sogar ganz aufgehoben werden kann und muß."

*

Ausführlicher soll über diese Meinung noch gesprochen werden. Zu den Äußerungen, die Herr Kierski hier getan hat, sei bemerkt: Es ist nicht möglich, zu beweisen, daß ein Staat, der zu einem Drittel aus anderen Nationalitäten besteht, ein Nationalstaat in dem Augenblick werden kann, da man dies theoretisch zu beweisen strebt. Tatsachen lassen sich nicht durch theoretische Behauptungen aus der Welt schaffen. Wesentlich ist, daß Herr Kierski auf einem Wege, der hinten herum führt, zu dem eigentlichen Kernpunkt gar nicht kommen kann. Die Sache liegt doch so, daß der polnische Staat die Souveränität erhielt, als es den Versailler Vertrag unterschrieben hat. Der Minderheitenschutzvertrag war aber die Bedingung dafür. Das sagt doch Herr Clemenceau in dem bekannten Brief an Herrn Paderewski.

Die Bestimmungen von der Gleichberechtigung der Minderheiten sind in die Verfassung darum aufgenommen worden, weil der Minderheitenvertrag diese Paragraphen vorschrieb. Die Schutzbestimmungen im Minderheitenvertrag sind keine Sonderrechte, sondern Schutzbestimmungen für den Fall, daß man die Rechte der Minderheiten beschneiden würde. Man wollte diese Rechte garantiert sehen, nachdem man aus wirtschaftlichen Gründen die Grenzen Polens so legte, daß wohl oder übel doch Minderheiten unter eine neue Staatshoheit kamen.

Wenn Herr Kierski so scharf gegen diesen Minderheitenvertrag eifert, der ein Teil des Versailler Vertrages ist, so dürfte er

doch nicht im anderen Falle dagegen eifern, wenn die Kündigung des ganzen Vertrages von anderen Staaten erstrebt wird. Daß der Schutzvertrag die Souveränität einschränkt, ist nicht zu begreifen. Es liegt doch in der Natur des Vertrages — das müßte Herr Kierski als hervorragender Kenner des Rechtes wissen —, daß durch den Abschluß eines Vertrages man auf bestimmte Rechte verzichtet, um Vorteile zu erlangen, und daß man mit diesem Verzicht auch gewisse Pflichten eingeht. Es ist, kurz gesagt, die Natur des Vertrages als solchem, daß der Rechtskreis der Parteien eingeschränkt wird.

Und wenn Herr Kierski für Gleichberechtigung ist, warum ist er dagegen, daß man diese Gleichberechtigung festlegt, vertraglich bindend macht?

Gegen eine auf rechtlichem und vertragsmäßigem Wege angestrebte Änderung ließe sich an sich nichts sagen; es fragt sich nur, ob eine solche Änderung zugunsten Polens ausfallen würde, nachdem der Völkerbund und das Haager höchste Schiedsgericht festgestellt haben, daß Polen den Verpflichtungen, die aus dem Minderheitenvertrag stammen, in vielen Fällen nicht entsprochen hat. Eine Kündigung des Minderheitenvertrages würde eine Kündigung des Versailler Vertrages bedeuten, denn der Minderheitenvertrag ist nur die Ausführungsbestimmung zu einem Artikel des Friedensvertrages. Man kann aber keinen Vertrag revidieren und ändern, wenn nicht der ganze Vertrag gekündigt wird. In diesem Falle aber würde die Kündigung des Minderheitenvertrages eine Kündigung des Hauptvertrages sein, jenes Vertrages, dem Polen seine Souveränität und sein Bestehen verdankt.

Stimmen aus politischen Kreisen.

Polens linke Führer zu den französischen Wahlen

Der „Kurjer Poranny" hat einige Führer der Linken um ihre Meinung über den Wahlausgang in Frankreich befragt.

Abg. Thugutt (Wyzwolenie) erklärte: Wir müssen uns ob des Sieges des demokratischen Gedankens in Frankreich freuen. Die Welt geht allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz nicht nach rechts. Ich muß jedoch sagen, daß das eine neue Situation in den internationalen Beziehungen schafft und daß dies eine neue Tatsache hervorbringen kann, ich weiß aber nicht, ob unser Brühlscher Palast (womit die Regierung gemeint ist) darauf vorbereitet ist, und ob er sich in der neuen Situation Rat wissen wird.

Abg. Dąbski (Wyzwolenie) erklärte: Wir müssen vor allen Dingen unsere diplomatischen Vertretungen in Paris und London ändern. Je früher das geschieht, desto besser für Polen. Im Augenblick, wo im Westen die Demokratie zur Macht kommt, darf Polen nicht als ein reaktionärer und föderalistischer Staat gelten.

Abg. Chądzyński (Nationale Arbeiterpartei) gab eine ausweichende Antwort, indem er meinte, daß man erst die Bildung der neuen Mehrheit in Frankreich abwarten müsse.

Abg. Niedziałkowski (Sozialdemokrat) ist für Änderung in der Leitung der polnischen Außenpolitik, ferner für Veränderungen auf den polnischen Auslandsposten.

Senator Ringel (Jüdischer Klub) meint, daß nach der Annäherung Englands an Rußland auch recht bald eine Annäherung Frankreichs an Rußland erfolgen werde, sofern sich nur irgendeine Form für die Befriedigung der französischen Rentner finden lassen wird, die in Vorkriegszeiten ihre ersparten Gelder an Rußland geliehen haben. Es ist sicher, daß Frankreich bei einer Aussöhnung mit Rußland diesen Staat von Deutschland abzubringen trachten wird. Dann wird Polen nicht mehr der militärisch starke Staat sein, der die Wacht an der Weichsel hält, sondern nur noch einen der Alliierten Frankreichs darstellen. Die Annäherung Frankreichs an Rußland wird die Stellung Polens auf dem internationalen Terrain schwächen. Indessen ist es nicht ausgeschlossen, daß Frankreich dahin tätig sein wird, die Mißverständnisse zwischen Polen und Rußland zu beseitigen.

Abg. Taraszkiewicz (weißrussischer Klub) erinnert an den in Frankreich veröffentlichten Aufruf über den „weißen Terror in Polen" und ist der Ansicht, daß auch eine Linksregierung in Frankreich keinen großen Einfluß auf die polnisch-weißrussischen und polnisch-ukrainischen Beziehungen ausüben werde. Man werde wieder allerlei spanische Wände in der Politik vorschrieben. Nichts anderes ist die Taktik Grabskis, der die Vertreter der interessierten weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung zu der Sachverständigenkonferenz über die Fragen der Ostkreise nicht eingeladen hat."

Republik Polen.

Sparsamkeit.

Ministerpräsident Grabski hielt am Dienstag eine Sparkonferenz über die Anwendung des Sparprogramms auf die Agenden des Justizministeriums ab. Es wurden eine Reihe von Anträgen entschieden u. a., über die Durchführung der Reduktion des Verwaltungspersonals in den Gerichten Kleinpolens und Großpolens bis zum 1. Juli, sowie über die Vereinfachung des Amtsverfahrens.

Ein Gewerbegesetz.

Am Dienstag mittag wurde im Industrie- und Handelsministerium unter dem Vorsitz des Ministers Kiedroń eine Konferenz über den Entwurf eines einheitlichen Gewerbegesetzes für ganz Polen abgehalten. Minister Kiedroń zeichnete in längerer Rede die Ziele der unternommenen Rundfrage. Das aktuelle Gesetz kann nicht die Meinung aller interessierten Kreise berücksichtigen, da es undurchführbar wäre. Nach dem Minister trug der Sektionschef Dobiecki die widersprechenden Forderungen der interessierten Kreise vor, worauf eine ausgedehnte Aussprache einsetzte.

Verträge.

Wie die „Agencja Wschodnia" aus Warschau meldet, soll in diesen Tagen der Landwirtschaftsvertrag und der Vertrag zwischen den Arbeitgebern und den Bergarbeitern im Dombrowaer Gebiet unterzeichnet werden.

Interpellationen.

Abg. Podhorski vom Klub der Ukrainer interpellierte über die polizeilichen Erhebungen im Zusammenhang mit dem vorbereiteten Anschlag in Wolhynien.

Abg. Liebermann von den Sozialisten interpellierte über die Bestätigung des Todesurteils gegen den Kommunisten Engel.

Der Vertreter des Justizministeriums, Abteilungschef Kuczyński, gab teilweise Aufschluß zur Interpellation des Abg. Bużak. Was die übrigen Interpellationen betrifft, so beschloß der Ausschuß, den Justizminister Wyganowski zur nächsten Sitzung zwecks Erteilung weiterer Aufschlüsse zu laden.

Vom Rechtsausschuß.

In der Dienstagssitzung des Rechtsausschusses wurden drei Interpellationen an den Justizminister eingebracht. Abg. Bużak von den Sozialisten interpelliert über die Durchführung des Gesetzes vom März 1923 betreffs des Austausches zwischen Rußland und Polen und weist darauf hin, daß die in Polen verurteilten Kommunisten, obwohl das letzte Amnestiegesetz sich nicht auf sie erstrecke, auf dem Austauschwege völlige Freiheit erlangen, während andere politische Gefangene leiden.

Ein Orden für General Haller.

Marschall Foch hat den General Stanisław Haller mit dem großen Offizierskreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. General Haller gab am Montag abend ein Essen, an dem Vertreter des Militärs unter Vorsitz des Marschalls Foch teilnahmen.

Die Wilnafrage in Litauen.

Aus Kowno wird gemeldet, daß seit dem 12. Mai in ganz Litauen und im geheimen auch in den litauischen Sprengeln im Wilnaer Gebiet Beiträge zur Befreiung Wilnas gesammelt werden. Diese Spenden werden an den litauischen Schützenverband geschickt. Der Bevölkerung in Litauen ist eine Sondersteuer in Höhe von drei Litas (1 Lit gleich $^1/_{10}$ Dollar) pro Person auferlegt worden. In den Theatern von Kowno wird zu jeder Eintrittskarte eine Gebühr von drei Litas hinzugeschlagen. Das litauische Innenministerium hat den litauischen Schützen die besondere Berechtigung erteilt, Revisionen und Untersuchungen vornehmen zu können. Die Berechtigungen gehen weiter als die Rechte der Polizei. Diese Maßnahmen haben nicht die Provozierung eines Krieges mit Polen zum Zweck, sondern die ständige Aufreizung der Stimmung gegen Polen, damit die Wilnaer Frage den internationaleg Schauplatz, namentlich vor der Herbstsession des Völkerbunden, auf der Galvanauskas die Wilnaer Frage auftischen soll, nicht verläßt.

Arbeiter nach Frankreich.

Das Arbeitsministerium hat ein Rundschreiben erlassen, in dem der Regierungsdelegierte in Wilna und die Starosten in der Grenzmark unterwiesen werden, die Kandidaten für die Ausreise nach Frankreich darüber zu unterrichten, daß sie von der französischen Mission in Posen nur unter der Leitung Staatsbeamter für Arbeitsvermittlung angenommen werden können. Diese Aemter geben an die Arbeiter, die sich nach Posen begeben, Empfehlungskarten aus, ohne die die Fahrt nach Posen zwecklos ist.

Aus dem politischen Programm Herriots und Painlevés.

Unsere Politik muß menschlicher werden.

Wir brachten schon gestern „Pat."-Meldungen über das politische Programm von Herriot und Painlevé.

Tatsächlich ist Herriot vorläufig Philosoph geblieben und hat recht wenig gesagt, aber doch etwas mehr als uns „Pat." verriet.

Herriot erklärte, er wolle sich nicht lächerlich machen und etwa ein politisches Außenprogramm entwickeln, so lange er nur Deputierter sei. Nachdem Herriot über die Wechselbeziehungen von innerer und auswärtiger Politik gesprochen hatte, sagte er wörtlich: „Die nächste Aufgabe der neuen Regierung wird darin bestehen, unsere äußere Politik gleichmäßiger und friedfertiger zu machen. Ich hoffe, daß wir mit England die freundschaftlichsten Beziehungen herstellen können. Über Belgien brauche ich nichts zu sagen, es steht uns so nahe, daß jedes Wort überflüssig ist. Meine persönliche Sympathie für Italien und die Vereinigten Staaten sind bekannt. Gegenüber Rußland werden wir als ehrliche Leute handeln; aber wir hoffen, daß diese Ehrlichkeit gegenseitig ist. Dumm machen lassen wir uns nicht!"

Wir brachten ferner auf Grund einer „A. W."-Meldung die sieben Punkte, die von den Radikalen aufgestellt wurden, als Bedingung, in die Regierung einzutreten. Der „L'Oeuvre" erklärt hierzu, es sei jetzt das Wichtigste, daß sich Radikale und Sozialisten über bestimmte Meinungsverschiedenheiten einigten. Als Punkte eines gemeinsamen Programms nennt das obengenannte Blatt folgende: „Die Durchführung des Sachverständigenplanes ohne Bedingungen und ohne Vorbehalte; Verzicht auf Zwangsmaßnahmen im Verhältnis zur Annahme des Berichts durch Deutschland; Befreiung der deutschen Gefangenen ohne Gegenleistung, denn die radikale Mehrheit darf in einer Frage der Menschlichkeit nicht feilschen; Übertragung der Sicherheitsfrage und der Abrüstungskontrolle an den Völkerbund; Anerkennung der Sowjetrepublik. Für die innere Politik besteht Einigkeit in folgenden Punkten: Volle Amnestie; Wiedereinstellung der aus politischen Gründen entlassenen Eisenbahnarbeiter; Wahlreform; Abschaffung der Bestimmungen Berards über den Volksschulunterricht; Weiterbestand des Zündholzmonopols; Demission Millerands."

Auch Painlevé hat im „Quotidien" sein politisches Programm veröffentlicht unter dem großen Wort „Taten". Painlevé sagt dort, daß bislang zwischen Deutschland und Frankreich ein versteckter Krieg geherrscht habe, bei dem zwar keine Schüsse gewechselt wurden, aber ein Krieg, der die Völker ruiniere. Der Wahltag habe die Legende widerlegt, daß Frankreich das Land des Nationalen Blocks sei. Über die Aufgaben der Außenpolitik und über das Verhältnis zu Deutschland äußert sich Painlevé folgendermaßen:

„Zunächst ist die Außenpolitik das Wesentliche. Frankreich muß erst wieder in Beziehungen mit Europa und der übrigen Welt gebracht werden. Ich glaube, daß diese Aufgabe zu lösen ist, und daß es die erste Pflicht der neuen Regierung sein müsse, diese Lösung vorzuschlagen. Wir müssen uns bemühen, die anderen Völker besser zu verstehen. Die Welt hat sich geändert. Wir müssen die neuen Kräfte begreifen und mit ihnen rechnen. „Ich weiß, daß große Schwierigkeiten zu erwarten sind, aber wir haben leider den Fehler gemacht, das ganze Deutschland als einen einheitlichen Block zu behandeln. Vielleicht ist die deutsche Einigkeit gegen Frankreich aber nur deshalb so stark geworden, weil wir es nicht verstanden haben, Unterschiede zu machen. Gerade in den Beziehungen zu einem besiegten Lande ist eine klare und kluge Politik notwendig. Jetzt sind in Deutschland die demokratischen Elemente durch eine Hochflut des besinnungslosen Nationalismus zurückgedrängt — und leider nicht ganz ohne unsere eigene Schuld. Wir müssen aber die demokratischen Elemente in Deutschland zu stützen versuchen, denn sie sind eine der besten Garantien für den Frieden. Für dieses große Werk der internationalen Verständigung, das uns die Erfüllung unserer Erwartungen bringen soll, brauchen wir Diplomaten, welche ihre Zeit verstehen und bereit sind, für den wahren Frieden zu arbeiten. Erst wenn wir auf diese Art unsere Situation in der Welt klar bezeichnet und dadurch befestigt haben, können wir zu unseren Reformen übergehen."

Der Kampf gegen den französischen Präsidenten Millerand.

Die französischen Regierungsschmerzen sind immer noch nicht behoben, und es wird wohl noch etwas dauern, ehe sich eine Regierung in Frankreich präsentiert. Bei dem augenblicklichen Rückgange des Franken erhebt sich auch in Frankreich immer wieder jene berühmte Frage, wer schuld daran sei. Jetzt macht der „Quotidien" dem französischen Präsidenten ganz offen den schweren Vorwurf, daß er lediglich als ein Wahlmanöver durch eine gewagte Finanzoperation mit allen Mitteln den Frank zu stützen sich bemüht habe. Das Ergebnis sei die neue Baisse gewesen. Bis jetzt ist auf diese Vorwürfe keine offizielle Entgegnung erfolgt und in einem weiteren Artikel schreibt der „Quotidien" u. a. folgendes:

„Weder Herr Millerand noch die Regierung, noch die Presse des nationalen Blocks äußern sich zu unseren Angaben. Sie sollen nicht darauf rechnen, diese Angelegenheit totschweigen zu können. Sobald die neue Kammer ihre Arbeiten begonnen hat, wird eine Untersuchungskommission eingesetzt werden. Ihre Aufgabe ist leicht. Sie braucht nur eine bestimmte Antwort auf zwei Fragen zu verlangen. 1. Um den Kurs des Franc vor den Wahlen künstlich auf der Höhe zu halten, hat das Syndikat der Banken auf Anordnung der Banque de France eine gewaltige Summe in englischen Pfunden und Dollars auf den Markt werfen lassen. Wie groß ist der Betrag, der vor Eröffnung der Wahlperiode, also vom Dienstag, dem 22. April bis zum 7. Mai, zu diesem Zwecke verwandt wurde? Am 7. Mai mußte diese Stützungsaktion aufgegeben werden, weil die Bankiers sich weigerten, und weil die Regierung selbst über die Höhe des Engagements besorgt wurde. Sie wissen sehr gut, Herr Millerand, daß schon die Ziffer dieser Summe eine Anklage bedeutet! 2. Zu welchem Durchschnittspreis wurden diese Divisen verkauft? Die Antwort auf diese Frage erlaubt durch den Vergleich der Kurse die Höhe der Verluste festzustellen. Auf diese Art wird genau erfahren sein, wieviel diese verbrecherische Machination dem Lande gekostet hat."

Mussolini, Theunis und Hymans.

Die bereits seit einigen Wochen vorausgesagte Zusammenkunft der drei Minister hat jetzt in Mailand stattgefunden. Die Unterredungen waren sehr eingehend und behandelten das Reparationsproblem und seine Lösung auf Grund der Sachverständigenvorschläge. Da Herr Poincaré ja bekanntlich verhindert wurde, an diesen Besprechungen teilzunehmen, und infolgedessen seine Einwände auch dort nicht machen konnte, so scheinen die Verhandlungen nach den Pressemeldungen einen anderen Charakter bekommen zu haben, als man annehmen durfte. Es macht den Eindruck, als ob Mussolini den Ehrgeiz besäße, auch außenpolitisch zum Teil selbständige Wege zu gehen. Zu den Mailänder Vorgängen äußert sich der Staatssekretär Senator Contarini folgendermaßen: „Es wäre unangebracht," sagte er, „von einer Fortsetzung der Verhandlung zu sprechen. Vielmehr glaube ich nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß die Mailänder Besprechungen ein neues Kapitel der Reparationsgeschichte bilden, das auch das Schlußkapitel sein könnte."

Nach Schluß der Besprechungen der drei Minister wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

„Die in der Konferenz vereinigten Minister stellen fest, daß die Reparationsfrage die Ursache schwerer politischer Beunruhigung und wirtschaftlicher Krisen bleibt; sie erachten es für nötig, daß diese Frage rasch mittels der Durchführung des Dawes-Berichtes gelöst wird, der die Grundlage einer Vereinbarung bildet, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung in loyaler Weise die notwendigen Maßnahmen ergreift und zur Durchführung bringt. Die Aufmerksamkeit der Minister hat sich auf die Lage gerichtet, die bei einer eventuellen Nichterfüllung seitens Deutschlands entstehen würde. Eine Vereinbarung unter den Alliierten über diesen Punkt erschien als möglich. Es erschien auch als wünschenswert, eine interalliierte Konferenz einzuberufen, sobald der Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen genügend weit vorgeschritten ist. Der italienische Ministerpräsident und die belgischen Minister werden alle Anstrengungen machen, um die unverzügliche Durchführung des Sachverständigengutachtens herbeizuführen. Sie erkennen an, daß die Frage der interalliierten Schulden wesentlich mit der Reparationsfrage verknüpft bleibt." Die Ministerbegegnung hat mit dieser Bekanntgabe ihres Ergebnisses ihr Ende erreicht. Ministerpräsident Mussolini erklärte mir, er habe dem offiziellen Communiqué, das von großer Wichtigkeit sei, keine Erläuterung hinzuzufügen. Die Mailänder Zusammenkunft bezeichne einen beträchtlichen und wirklichen Fortschritt zur Lösung der Reparationsfrage. Es sei das vollkommene Einvernehmen in der Auffassung der beiden Regierungen festgestellt worden. Die beiden belgischen Minister empfingen am Nachmittag die Vertreter der italienischen Presse. Sie erklärten sich von dem Ergebnis der Zusammenkunft hoch befriedigt und machten darauf aufmerksam, daß das heutige offizielle Communiqué das vollständigste von allen Communiqués, die bisher bei den früheren Besuchen, die sie fremden Regierungen in dieser Angelegenheit abstatteten, ausgegeben worden sind. Für Belgien und Italien bestehe die Notwendigkeit, ruhig zu arbeiten und aus der allzulange durch das endlose und schreckliche Reparationsproblem getrübten Atmosphäre herauszukommen. Italien und Belgien hätten das gemeinsame Bestreben, dieses Problem im Geiste der Gerechtigkeit und des Friedens zu lösen; die Minister betonten nochmals die Worte „der Gerechtigkeit und des Friedens".

Noch immer Parteibesprechungen.

Die Frage der Regierungsbildung in Deutschland ist nach wie vor auch noch reichlich ungeklärt. Man hat anscheinend die Bildung des sogenannten Blockes der Mitte aufgegeben. Jetzt halten die Fraktionsführer der bürgerlichen Mittelparteien ihre Besprechungen ab. Wie verlautbart wird, sollen sie zu dem Beschluß gekommen sein, die Sachverständigenvorschläge als praktische Grundlage zur Annahme zu empfehlen, ohne jedoch schon sich auf die Einzelheiten festgelegt zu haben.

In einer folgenden Besprechung der Führer des Zentrums der deutschen Volkspartei und der Demokraten soll man ganz allgemein über den Kurs der auswärtigen Politik verhandelt haben. Es soll eine programmatische Erklärung über die Auffassung dieser Parteien zu den Fragen der auswärtigen Politik ausgearbeitet und demnächst bekannt gegeben werden. Gleichzeitig wurde über die Verteilung der Plätze im neuen Reichstag beraten. Das parlamentarische Bild hat sich überhaupt recht belebt und eine Sitzung löst die andere Parteisitzung ab. Die Abgeordneten scheinen demnach recht arbeitslustig zu sein.

In kurzen Worten.

Dollarspende für deutsche Kinder. Die kürzlich in Los Angelos verstorbene Frau Eugenie Ballin hat in ihrem Testament den Städten Hamburg und Wien je 10 000 Dollar zur Linderung des Kinderelends vermacht.

*

Aus Honolulu wird gekabelt, daß ein heftiger Ausbruch des Vulkans Kilauea begonnen hat. Er ist von Erdbeben begleitet, durch die eine neue Meeresbucht in der Breite von einer halben englischen Meile entstanden ist. Die betroffene Gegend wird von der Bevölkerung in eiliger Flucht verlassen.

*

General Townshend, der sich während des Krieges als Verteidiger von Kut el Amara einen Namen gemacht hatte, ist gestern plötzlich in London in der Wohnung seiner Mutter gestorben.

*

Amundsens Nordpolfahrt. Wie wir erfahren, werden die drei Nordpolflugzeuge Amundsens zwischen dem 1. und 5. Juni bestimmt Marina di Pisa verlassen, um in fünf Etappen nach Spitzbergen zu fahren.

*

Die Schlafkrankheit macht in England Sorgen erregende Fortschritte. Im Verlaufe der letzten Woche ereigneten sich in Birmingham 13 Fälle, von denen fünf einen tödlichen Ausgang nahmen. In Sheffield 22 Fälle, davon einer tödlich.

Letzte Meldungen.

Der „Columbus" im Bremer Hafen angekommen.

Der norddeutsche Lloyddampfer „Columbus" ist heute nacht 12,55 Uhr nach glänzend verlaufener Fahrt von seiner ersten Reise in Bremerhaven eingetroffen. Trotz der späten Nachtstunden hatte sich eine tausendköpfige Menschenmenge am Pier eingefunden, die dem Schiff, das in seiner strahlenden Beleuchtung einen imposante und festlichen Anblick zugleich bot, zujubelte. Die 1300 Passagiere wurden an der Lloydhalle gelandet und am Morgen mit Extrazügen weiter befördert.

Im Juni treffen große Transporte für die Herbst- und Wintersaison ein. — Um bis dahin meine großen Vorräte in Sommerstoffen und noch vorhandenen Winterstoffen zu räumen, entschloß ich mich, solche zu **enorm herabgesetzten Preisen** abzustoßen. Zu diesem Zwecke veranstalte ich einen

grossen Ausverkauf.

30000 Meter
hervorragend guter

Anzug
Ulster
Hosen
Mäntel
Kostüm
-Stoffe

müssen bis **8. Juni** geräumt werden.
Ich bin mir bewußt, daß dieses Resultat bei der herrschenden Geld-Knappheit nur bei außergewöhnlich herabgesetzten Preisen zu erzielen ist, daher ich solche bis

30%

ermäßigt habe. — Das ganze Lager ist in folgende 12 Serien eingeteilt:

En gros-Verkauf: Abtl. I
Poznańska Hurtownia Sukna
Posener Tuchgroßhandel
Wożna 12.

Gegr. 1896.

Lesen und prüfen!

Serie.		Złoty-Preise.		Mark-Preise.
1.	Halbwolle	4.90	=	8.820
2.	Halbwolle	6.65	=	11.970
3.	Wolle gemischt	8.50	=	15.300
4.	Wolle gemischt	9.80	=	17.640
5.	Reines Streichgarn	11.60	=	20.880
6.	Reines Streichgarn	12.50	=	22.500
7.	Reines Streichgarn	15.50	=	27.900
8.	Reines Kammgarn	17.20	=	30.960
9.	Reines Kammgarn	19.30	=	34.740
10.	Reines Kammgarn	21.80	=	39.240
11.	Reines Kammgarn	24.40	=	43.920
12.	Reines Kammgarn	26.50	=	47.700

Stoffbreiten 140—150 cm.

Jede Serie enthält Neuheiten und glatte Gewebe. — Mit Ausnahme der 1. und 2. Serie nur Erzeugnisse aus Bielitz, Zgierz, Tomaszow. — Kein Kaufzwang. — Umtausch, auch anstandslose Rückerstattung des Betrages. — Versand franko gegen Nachnahme. — Kein Musterversand.

Strengste Reellität bei festen Preisen.

Nicht **das Billigste** zu bringen, sondern **das Beste** zu billigsten Preisen zu verkaufen, war und bleibt Prinzip der Firma
KAZIMIERZ KUZAJ
Gegründet 1896.

Kazimierz Kużaj

Abteilung II
Sukiennice—Tuchhallen
Poznań, Stary Rynek / Alter Markt 56.
Grösstes Spezialhaus.
Telephon 3441.

Am 19. d. Mts. entschlief plötzlich und unerwartet unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Maria Genge
geb. Hanke
im fast vollendeten 70. Lebensjahre.

Dies zeigt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an

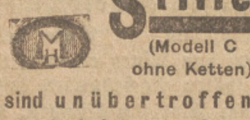
Hieronymus Hanke.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 23. nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des St. Josefstiftes aus statt.



Gebrauchter, sehr gut erhaltener, größerer
Rohrplattenkoffer
zu kaufen gesucht. Off. unt. **M. 7336** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kombinierte
Walzen-**Schrot-**
und
Quetsch-**Mühlen**
Patent **Stille**



(Modell C ohne Ketten)
sind unübertroffen in Leistung und Dauerhaftigkeit!

Verkaufe
1 Drehstrommotor
220/380 Volt, A. E. G., 5 PS., Kupferwickelung. Off. u. **K. P. 1658** an **Reklama Polska, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.** (851

Persil,
Seife,
Bohnermasse
Teatralna Drogerja.
Poznań, ul. Fredry 2.
En gros und en détail.
Telephon 1135.

Damen-Golfs
v. 12 Millionen M. aufwärts.
Słuchniński, Król i Doleżal,
Poznań, 3. Maja 4.

Verkaufe
1 Schrotmühle
m. Mehlsichter, bis 3 Ztr. Mehl Stundenleist. Off. u. **M. P. 166** an **Reklama Polska, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.** (852

Stickereien
wieder eingetroffen. **Słuchniński, Król & Doleżal,**
Poznań, 3. Maja 4.

Beim II. internationalen Automobilrennen in Poznań

siegte

im Schnelligkeitsfahren Industrieller Czarnecki auf 6 Zyl.

MATHIS

und erhielt für die beste Zeit aller Wagen sämtliche 4 Preise seitens d. Preisrichter zugestanden.

Polska Spółka dla sprzedaży samochodów

MATHIS
Sp. z ogr. odp.

Warszawa	Poznań	Katowice
Nowy Świat 9	ul. Zwierzynieck a 8	ul. Ks. Damrota 8.

Telephon 64-76.

Große Auswahl ständig am Lager. - Günstige Zahlungsbedingungen.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 21. 5., 7½ Uhr: **„Dämon"**, Oper von Rubinstein.
Donnerstag, den 22. 5., 7½ Uhr: **„Tannhäuser"**, Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski. Orchester-Benefiz. Abonnement ungültig.
Freitag, den 23. 5., 7½ Uhr: **„Lacmé"**, Oper von Delibes.
Sonnabend, den 24. 5., 7½ Uhr: **„Tannhäuser"**, Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.
Sonntag, den 25. 5., 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**, Große Oper von Meyerbeer.
(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.)

La vivante épingle

(Die lebende Nadel) ist ein ungewöhnlich interessantes, wissenschaftliches Filmwerk im Hinblick auf die aktuelle Entdeckung des Tutanchamongrabes. Vorgeführt im

Teatr Pałacowy, plac Wolności 6.

Empfehlen antiquarisch, sofort lieferbar:

Joachim Nettelbeck's wundersame Geschichte.
Cooper, Der Pfadfinder.
Keil, Von der Schulbank nach Afrika, gebunden.
Balzac, Eugenie Grandet.
Alt-Berliner Humor, geb.
Eugenie, O Jugend, geb.
Hebels schönste Erzählungen aus dem Schatzkästlein des rheinländisch. Hausfreundes gebunden.
Seasfield, Die Prärie am Jacinto.
de Nora, Tanzprinzessin, geb. Edda-Sagen. — Aus den Kriegsjahren 1806—1913. — Nordost-Sibirien. — Auf dem Seewege nach Indien. — Germanische Urzeit. — Tiroler Strandschützen.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Abteil. Versandbuchhandlung.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wohnungen

Junge Dame, beruflich tätig, sucht
möbl. Zimmer.
Zentrum bevorzugt. Gefl. Off. unt. **7072** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Ein solider Bankbeamter sucht vom 1. Juni **möbl. Zimmer**
Gefl. Ang. u. **7338** a. d. Gst. d. Bl.

Solider Herr sucht
leeres Zimmer
vom Wirt oder Mieter; oder ein möbl. Zimmer **ohne** Bett u. Wäsche. Off. u. **K. U. 7354** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Czarnków

Suche sofort 5—6 Zimmerwohnung.
Tausche eventl. 4 Zimmerwohnung in Berlin (nahe Alexanderplatz). Eilangebote an (7347
Grzesiak, Berlin, Landsbergerallee 7

Donnerstag, 22. Mai 1924. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 117.

Vom Sejm.

In der Dienstagssitzung des Sejm erklärte bei der ersten Lesung der Regierungsvorlage, durch die dem „Zakład Zdrojowy" in Inowrocław der Charakter öffentlicher Nutzbarkeit genommen werden sollte, der Abg. Lisiecki von der Nationalen Arbeiterpartei, daß die Begründung des Gesetzentwurfes unzulänglich sei, und beantragte, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Darauf sprach der Abg. Brownsford vom Nat. Volksverband und sprach sich für den Antrag des Abg. Lisiecki aus, wobei er sich u. a. auf die Ergebnisse einer in dieser Angelegenheit veranstalteten Rundfrage berief und darauf hinwies, daß die Entziehung des Charakters öffentlicher Nutzbarkeit für die betreffende Stadt ein großes Unrecht wäre. In der Abstimmung kam der Antrag des Abg. Lisiecki mit beträchtlicher Stimmenzahl zur Annahme.

Über die Bierbesteuerung sprach im Namen des Ausschusses der Abg. Michalski von den Christlich-Nationalen, der betonte, daß das gegenwärtige Gesetz drei verschiedene Bierbesteuerungssysteme, die in Polen gelten, vereinheitliche und Einkünfte und Produktion vermehren werde. Der Ausschuß fordert die Regierung auf, sich dahin zu bemühen, ein entsprechendes Verhältnis zwischen den Kleinverkaufspreisen und den Großhandelspreisen zu schaffen, da das Bier im Ausschank **dreimal so teuer sei als der Brauereipreis.** In der Aussprache erklärte sich der Abg. Diamand von den Sozialisten für eine Herabsetzung der Steuersätze. Der Vertreter des Finanzministeriums trat dem entgegen und sagte, daß die Bierproduktion sich nicht nur deshalb verringert habe, weil die Steuer so hoch gewesen wäre, sondern deshalb, weil die Bierbrauer nicht genügend Kapital gehabt hätten. In der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Diamand auf Herabsetzung der Sätze abgelehnt und das ganze Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgte die Annahme des Gesetzentwurfs, der die Gültigkeit des Genossenschaftsgesetzes vom Oktober 1920 auf den oberschlesischen Teil der schlesischen Wojewodschaft ausdehnt.

Abg. Święcki vom Nationalen Volksverband referierte den Gesetzentwurf über die Art der Zahlung der Vermögenssteuer durch Steuerpflichtige, die ländliche Grundstücke besitzen die mit Verkaufseinschränkung des Eigentums verbunden sind. Nach lebhafter Aussprache und einer Erklärung des Vizeministers Markowski wurde das Gesetz an den Landwirtschaftsausschuß verwiesen.

Abg. Bartel von der Wyzwoleniegruppe berichtete im Namen des Verkehrsausschusses über den Gesetzentwurf von der Verfassung und der Tätigkeit des Eisenbahnministeriums. Der Berichterstatter hob in seinen Ausführungen hervor, daß das gegenwärtige Gesetz das erste organische Gesetz sei, das in die bestehenden Verhältnisse Ordnung bringen soll. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen.

Nach Ablehnung der Dringlichkeit eines jüdischen Antrages über die Schließung einer jüdischen Schule in Terespol begründete der Abg. Święcki die Dringlichkeit eines Antrages über die Kredithilfe für die kleinen Landwirte. Die Dringlichkeit wurde angenommen und der Antrag an den Landwirtschaftsausschuß verwiesen.

Abg. Ostrowski von der Piastenpartei begründete die Dringlichkeit eines Antrages über die Beschleunigung der Novellisierung der Gesetze über die Durchführung der Agrarreform. Die Dringlichkeit wurde angenommen, worauf man zu einem Dringlichkeitsantrag über die Durchführung der Reform überging. Abg. Poniatowski von der Wyzwoleniegruppe führte aus, daß die Enteignung des Großgrundbesitzes **mit einem Schlage erfolgen müsse,** und beantragte als Grundlage die in der Vermögenssteuererklärung angegebenen Schätzungen. Abg. Staniszkis vom Nat. Volksverband betonte, daß seine Partei die Wichtigkeit der Reform verstehe, aber doch gegen die Dringlichkeit stimmen werde, weil sie mit den Motiven des Antrages nicht einverstanden sei. Was die Schätzung betreffe, so müsse sie sich auf die von der Regierung herausgegebenen Vorschriften stützen.

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 149 gegen 119 Stimmen angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Der umgedrehte Spieß

Eine Gerichtsverhandlung.

st. **Posen, 20. Mai.**

Eine aufsehenerregende Verhandlung, zu der sich viele Neugierige eingestellt hatten, fand am Sonnabend, dem 17. d. Mts., vor dem hiesigen Schöffengericht statt. Wegen körperlicher Mißhandlung hatten sich die beiden hier gut bekannten Antisemiten Noskowicz und Sekretarczyk zu verantworten. Die beiden führen bekanntlich die Hakenkreuzliga; ihre Haupttätigkeit besteht darin, daß sie vorbeigehende Juden ohne jeden Grund auf der Straße überfallen und mit Stockhieben usw. mißhandeln, wie wir schon wiederholt zu berichten Gelegenheit hatten. Man muß sich nur darüber wundern, daß die beiden nun schon fast drei Jahre ihre „ersprießliche" Tätigkeit in den Straßen der Großstadt Posen ausüben dürfen, ohne daß ihnen ihr Handwerk bisher gelegt worden wäre.

Im Januar dieses Jahres überfielen die beiden auf der ul. Wielka (fr. Breiten Str.) den dort vorbeigehenden Kaufmann Stern. Der Überfallene hatte jedoch den Mut, einem der Vaterlandsverteidiger den Stock zu entwinden und ihm eine gute Lektion über den Zweck des Stockes zu erteilen. Die vorbeigehende christliche Bevölkerung unterrichtete sich schnell und unterstützte den Angefallenen derart, daß Noskowicz einige Tage, Sekretarczyk dagegen zwei Wochen das Bett hüten mußte. Aus dieser derben Lektion zogen die beiden den Schluß, daß sie, als sie von der gegen sie gerichteten Anklage erfuhren, sofort eine Gegenklage gegen Stern erhoben mit der Begründung, daß Stern gemeinsam mit dazu gedungenen Arbeitslosen einen geplanten Überfall gegen sie verübt habe.

Der Gerichtshof vertrat zunächst den Standpunkt, daß diese Angelegenheit erst von der Staatsanwaltschaft erledigt werden müsse, bevor einer Privatklage stattgegeben werden könne, zog sich aber nach Einwendungen der Verteidigung zur Beratung zurück und verkündete nach seinem Wiedererscheinen, daß er die Sache verhandeln werde.

Als Belastungszeuge wurde der Kaufmann Rauff verhört. Er gab an, daß er am fraglichen Tage gemeinsam mit Stern die Breite Straße passierte. An der Ecke der Großen Gerberstraße seien ihnen Sekretarczyk und Noskowicz entgegengetreten; der erstere habe ohne jeden Grund auf Stern eingeschlagen, der ihm dann den Stock entwand und sich zur Wehr setzte. Rauff lief dann, um die Polizei zu holen. Inzwischen sammelte sich andere Vorübergehende und halfen dem Überfallenen.

Als Entlastungszeugen bzw. Belastungszeugen für die Widerklage stellte Noskowicz Herrn Robiński und seine Tochter; ebenso wurde verhört die vierzehnjährige Tochter des Angeklagten. Diese Zeugen sollten aussagen, daß Stern planmäßig die Angeklagten überfiel. Bei der Vernehmung, die unter Eid erfolgte, erklärte Herr Robiński, daß er den Anfang nicht gesehen habe, mithin könne er mit gutem Gewissen nicht sagen, wer der Urheber des Überfalls sei.

Nach der Zeugenvernehmung erhielt der Verteidiger der Anklage, Rechtsanwalt Grybski, das Wort, der in einer halbstündigen Rede auf die politischen Schäden hinwies, die der noch junge polnische Staat durch das Verhalten solcher Leute wie der Angeklagten erleidet. „Ich will nicht urteilen über die Bedeutung des Antisemitismus," so führte der Verteidiger aus, „im Gegenteil, ich persönlich ehre jede politische Anschauung und würdige jede Partei so lange, als sie mit ihren Kampfmitteln die Grenzen unserer Verfassung nicht überschreitet. Der Angeklagte Noskowicz behauptet, in bereits mehr als zweihundert Fällen von Juden angefallen zu sein, ebenso wie im vorliegenden Falle. Es wundert mich nur, warum andere Polen nicht ebenso überfallen und mißhandelt werden. Übrigens stimmt diese Behauptung gar nicht einmal mit der primitivsten Logik überein. Ich bitte, sich vorzustellen, daß mein Klient Stern völlig unbewaffnet war, ebenso der Zeuge Rauff. Nicht einmal einen Stock trugen sie bei sich, wie alle Zeugen ohne Ausnahme einstimmig bekundeten. Dagegen waren Sekretarczyk und Noskowicz mit einem dicken Stock bewaffnet und trugen außerdem einen Revolver bei sich. Kann man sich vorstellen, daß in unserer Stadt, wo die Juden einen verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen, der bei der Bevölkerungsstatistik gar nicht in Betracht kommt, kann man sich vorstellen, daß ein intelligenter, ruhiger und nicht einmal mit einem Stock bewaffneter Jude die gut bewaffneten Angeklagten überfallen wird? Einen schweren Schatten wirft die Handlungsweise der Angeklagten auf unsere Posener Bürgerschaft, die doch wirklich mit diesen Leuten nichts gemein hat. Am schwersten berührt es mich, daß diese Leute, die doch sonst bei jeder Gelegenheit sich zum Schlagen der Juden bekennen und andere dazu auffordern, daß sie heute nicht den Mut finden, sich zu der Missetat zu bekennen, sondern mit allen unmöglichen Ausflüchten versuchen, den Spieß umzudrehen und sich als die „armen Opfer einer jüdischen Revolte" hinstellen möchten. Noskowicz gibt sogar an, daß er bereits in zweihundert Fällen von Juden angefallen wurde; wir können uns an Hand dieser Behauptung vorstellen, welchen Schaden diese Leute auf der Straße verursachen und auf diese Weise dem Ausland Material liefern, um unsere Republik zu diskreditieren. Die beiden Angeklagten sind Leute ohne jede Intelligenz, und es fehlt ihnen jegliches Verantwortungsgefühl. Ich beantrage daher im Namen meines Klienten die Bestrafung der Angeklagten."

Zum Schluß erhielt Noskowicz das Wort. Er behauptete entschieden, daß Stern ihn zuerst geschlagen habe; die Erklärung, auf welche Weise das geschehen sei, blieb er schuldig, da doch, wie festgestellt wurde, Stern keinen Stock besaß. Im Verlaufe seiner Verteidigungsrede vergaß er scheinbar, daß er sich vor einem Gericht befand. Mit dem Rücken zum Richter gewandt, begann er seine unzusammenhängenden Agitationsreden auf die Zuhörerschaft loszulassen. Dabei unterstützte ihn fleißig der zweite Angeklagte Sekretarczyk, der sich in höchst eigenartiger Weise gebärdete, so daß ihn der Richter wiederholt zur Ordnung rufen mußte.

Das Gericht zog sich zu längerer Beratung zurück und verkündete darauf das Urteil. Die Angeklagten wurden für schuldig befunden, jedoch da nicht genügend bewiesen wurde, wer der Urheber des Überfalls war, wurden sie von der Strafe freigesprochen, haben aber die Kosten zu tragen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 21. Mai.

Kleingeldmangel.

Die neuen Nickelmünzen (kleine Groschenwerte) werden, wie die PAT. meldet, nunmehr baldigst in Umlauf gesetzt werden, und zwar sollen täglich fünf Millionen ausgegeben werden. Daß diese Meldung sich als richtig erweisen möge, ist zweifellos der Wunsch aller Geschäftsleute, aber auch des übrigen Publikums. Denn der gegenwärtige Zustand, bei dem das kleine Wechselgeld in der Złotywährung eigentlich bisher noch ganz fehlte, wird je länger, je mehr, unerträglich. Es kommt eigentlich bei jedem Kauf eine Preisdifferenz heraus, deren Kosten das liebe Publikum zu tragen hat.

Sehr erwünscht wäre ferner aber auch, daß alle öffentlichen Kassen angewiesen würden, das bisherige Markgeld zwar anzunehmen, nicht aber an das Publikum wieder auszugeben. Vielmehr sollten diese öffentlichen Kassen, z. B. die Postämter, ihre Auszahlungen nur noch in Złoty und Groschen vornehmen dürfen. Erfolgt eine derartige Anweisung an diese Kassen in allerkürzester Zeit nicht, dann geht der Geldverkehr den größten Schwierigkeiten entgegen. Bekanntlich sollen die Markgeldscheine mit Ende des Monats Juni ganz aus dem Verkehr gezogen werden und somit ihre Gültigkeit einbüßen. Gegenwärtig ist nun aber, da das Złotygeld immer noch bei weitem nicht den Bedürfnissen entspricht, das Hauptgeldmittel immer noch das Markgeld. Wird das letztere jetzt nicht endlich systematisch und zwar mit Hilfe der öffentlichen Kassen aus dem Verkehr gezogen, dann muß Ende Juni eine heillose Verwirrung im Verkehr eintreten, da dann naturgemäß jeder bestrebt sein muß, die Millionenscheine abzustoßen, um sich vor Schaden zu bewahren.

Drei tödliche Unglücksfälle.

Innerhalb 24 Stunden, und zwar vom Montag bis zum Dienstag abend, haben sich in Posen drei tödliche Unglücksfälle zugetragen. Zunächst stürzte Montag nachmittag 4 Uhr in der ul. Kanałowa 13 (fr. Kanalstraße) ein Arbeiter Stefan Nowicki aus dem zweiten Stock durch eigenes Verschulden von einem Baugerüst, indem er aus dem zweiten Stock in den ersten Stock springen wollte, sein Ziel verfehlte und auf die Straße fiel. Schwerverletzt wurde er dem Stadtkrankenhause zugeführt, wo er bald darauf verstarb. — Dienstag nachmittag 5½ Uhr ertrank beim Baden in der Warthe an der neuen Brücke der 10jährige Schulknabe Kasimir Szurkowski aus der ul. Półwiejska 3[illegible] (fr. Halbdorfstraße). Die Leiche wurde alsbald von einem Fischer geborgen, jedoch erwiesen sich die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche als ergebnislos. — Endlich stürzte sich gestern abend in der siebenten Stunde der Kaffeehausmusiker Erwin Heyme in einem Anfall geistiger Umnachtung vom Balkon seiner im vierten Stock gelegenen Wohnung in der ul. Polna [illegible] (fr. Feldstraße) auf die Straße, in dem Augenblick, als er vom Krankenautomobil abgeholt werden sollte. Er erlag bald darauf seinen Verletzungen, und hinterläßt die Frau mit drei noch nicht schulpflichtigen Kindern.

Ueber das landwirtschaftliche Institut in Bromberg

schreibt Dr. K. Celichowski im „Dz. Pozn." u. a.:

Charakteristisch ist das Schicksal der landwirtschaftlichen Akademie, die man aus Posen nach Bromberg und aus Bromberg nach Teschen verlegte — um heute von neuem eine landwirtschaftliche Schule in Bromberg zu planen. Charakteristisch ist auch das Schicksal des Bromberger Milchinstituts, das nach einem länger als vierjährigen Bestehen trotz aller Fürsorge und seiner Leitung durch ausgezeichnete Fachleute sich bis heute nicht hat auskristallisieren können. Ähnliche Beispiele würden sich mehr finden. Ersparnisse sollte man suchen in der Konsolidierung der Unterrichts- und Versuchsarbeit im ganzen Lande. Solche Aufgaben stellte sich der Verband der Versuchsanstalten, dem aber

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Riemasch.

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Sie wollten mich sprechen? Was ist es?" fragte Robbe.

„Sie haben mir eine Güte erweisen wollen," antwortete Martin. „Die neue Arbeit wird mich freuen. Auf das Gehalt möchte ich verzichten."

Robbe stutzte einen Augenblick.

„Haben Sie sich das überlegt, junger Mann?"

„Vollständig. Ich habe meinen Beruf und kann davon leben. Die künstlerische Arbeit ist mir eine Befreiung. Entgelt dafür würde mich unfrei machen."

„Sie sind sehr stolz . . . . ich dachte — aber gut. Sie können Ihren Willen haben."

Martin atmete auf.

„Das ändert nichts an meiner Dankbarkeit," sagte er mit gewinnender Höflichkeit.

Robbe machte eine wegwerfende Bewegung. Der Schatten seines Armes flog wie ein schwarzer Riesenvogel an der Wand entlang.

„Wer etwas kann, braucht nicht dankbar zu sein. Vor allem seinen Feinden nicht. Sie sind doch mein Feind? Weswegen sind Sie mein Feind? Weil Sie arm sind und ich reich?"

Martin verzog unmerklich die Lippen.

„Jeder Reiche glaubt, er wird von den Armen beneidet. Und jeder Arme glaubt, er wird von den Reichen verhöhnt. Ich beneide den Reichtum nicht. Ich kämpfe auch nicht für meine Armut sondern für die Armut der anderen, die noch ärmer sind."

Wieder flog der lautlose, schwarze Vogel über die Wand.

„Ach — das sagen sie alle. Aber Sie sind mir ausgewichen — warum sind Sie mein Feind?"

„Das ist eine Gewissensache . . . ."

„Gut, was hat Ihr Gewissen gegen mich?"

„Daß Sie sich reich machen auf Kosten vieler, vieler anderer."

„Das ist dumm für einen klugen Kopf. War es jemals anders? Der Reichtum kommt immer auf Kosten anderer. Wenn Sie das Rezept wissen, wie man reich sein kann, ohne mehr zu haben als der andere, dann lassen Sie es sich patentieren. Dann haben Sie das größte soziale Problem gelöst."

„So einfach dürfte das doch nicht sein. Wir streiten um Begriffe . . . ."

„Dann geben Sie mir Tatsachen."

Martin holte tief Atem.

„Ich habe keinen Grund, Sie persönlich anzuklagen oder anzugreifen. In diesem Augenblick weniger denn je. Gewissenssachen lassen sie nicht immer beweisen. Ich habe keine Beweise gegen Sie. Aber ich traue Ihrem rasch erworbenen Reichtum nicht, weil ich glaube, daß er nur die Frucht eines nicht bloß erbarmungslosen, sondern auch erbärmlichen Systems sein muß."

. . . . Das biedere runde Gesicht des Privatsekretärs tauchte auf. „Ich will allein sein," schrie Robbe herüber.

Der Vollmond tauchte unter. . . .

„So, nun kommen wir der Sache schon näher. Was ist das für ein System?"

„Herr Robbe, ich weiß nicht, was Sie für ein Interesse daran haben, sich das gerade von mir auseinandersetzen zu lassen . . . ."

„Ich habe das Interesse. Warum, ist ja ganz gleichgültig. Sprechen Sie."

Und Martin sprach, langsam, und jedes Wort war wie ein Hammerschlag.

„Sie kennen nicht den Krieg. Sie kennen nicht den Tod und nicht die Hölle. Wir haben draußen bis zum Halse in Blut, in Grauen und Verwesung gestanden. Wir haben uns Leib und Seele zermürben lassen, weil wir einen Glauben an Vaterland und Ehre hatten. Unsere Erde war reich, unsere Kraft war groß. Aber da kamen Menschen und machten ein Geschäft daraus. Spinnen, Maulwürfe und Hyänen. Diese Menschen füllten ihre Kammern und Kassen mit dem, was für alle da sein sollte. Solch ein Reichtum ist Diebstahl, Raub und Mord. Diese Menschen machten unsere Erde arm und unsere Kraft lahm. Diese Menschen praßten, weil andere hungerten, dürsteten und erfroren. Was der Krieg nicht erwürgt hat, erwürgten sie. Diese Menschen zerbrechen Gesetze wie Strohhalme. Sie treiben die Menschheit auf die Bahn des Verbrechens, weil sie das Gold zum Herrn der Welt machen. Wer die Jagd nach dem Golde nicht mitmacht, der verendet, elender als ein Tier. Dieses System des Geschäfts hat dem Glück der Menschheit das gemeine Gesicht einer käuflichen Dirne aufgeprägt. Und statt freien Menschen züchtet man ein Geschlecht von Sklaven, die allen Begriffen von Kultur und Ehre, von Güte, Größe und Pflicht ein einziges Grab schaufeln."

Die Erregung hatte Martin fortgerissen. Aber dieser Augenblick war ihm wie eine Erlösung. Mochte ihm folgen, was da wollte, es war ihm gleich.

Unbeweglich ragte Robbes Riesenkörper in das Halbdunkel hinein.

Kein Muskel, kein Nerv zuckte an ihm.

„Ist das alles, was Sie auf dem Herzen und Gewissen haben?" fragte er.

„Soweit man es in ein paar Sätzen sagen kann, ja," gab Martin zurück.

Er hörte Robbes schnaufenden Atem, als wälze er eine Last von seinen Schultern weg.

„Nun will ich Ihnen etwas sagen, Martin Herms. Sie sehen die Welt von oben, ich sehe sie von unten her. Und da sieht man sie richtiger. Sie führen Ihren Krieg mit Kanonen und Worten, ich führe ihn mit Gut und Gold. Hier wie dort muß es Stärkere und Schwächere, Tote und Lebendige geben. Der Preis ist immer die Macht. Mich reizt nur das Gold, was ich noch nicht besitze. Das Gold, was ich erobert habe, werfe ich weg. Achtlos, ohne es zu wägen und zu zählen. Nicht aus Erbarmen, sondern aus Verachtung. Ich bin kein Dichter aus Aetherblau und Gottesodem. Ich bin ein Kloß aus Erde und Stein. Wer mir in den Weg tritt, den zermalme ich."

(Fortsetzung folgt.)

gleich zu Anfang seiner Tätigkeit das Ministerium durch seine Verordnung einige sehr lebenswichtige Zweige abgeschnitten hat. Wir wollen indessen die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Landwirtschaftsminister diese Verordnungen noch einmal unter Berücksichtigung des wirklichen und notwendigen Bedarfs unserer Landwirtschaft in Erwägung zieht.

Die Denkschrift des Verbandes der Versuchsanstalten appelliert auch an die Gemeinschaft der Landwirte, und es ist merkwürdig, daß bei dem Exposé des Herrn Ministers niemand von den Vertretern der örtlichen landwirtschaftlichen Organisationen die Sache berührt hat. Nachdem man den Deutschen Bromberg abgenommen hatte, waren die deutschen Landwirte von dieser Anstalt abgeschnitten. In richtiger Auffassung der Bedeutung des landwirtschaftlichen Instituts verlangten sie von der deutschen Regierung die Errichtung eines neuen derartigen Instituts; aber da die deutsche Regierung nicht darauf eingehen wollten, brachten sie unter sich selbst die nötigen Fonds auf, und auf ihre Kosten und bei nur geringer Regierungssubvention wurde in Landsberg a. W. ein neues derartiges Institut errichtet, das heute, wie ich mich wiederholt überzeugen konnte, mit seinem Lehreinfluß nach Großpolen herübergreift. Sollten sich unter unserer Landwirtschaft nicht auch Leute guten Willens finden, die die Initiative ergreifen würden, um das Bromberger Institut auf entsprechender Höhe zu erhalten? Auf Grund sorgfältiger Beobachtung unserer Verhältnisse kann man sagen, daß in den Kreisen unserer Landwirtschaft eine große Gleichgültigkeit gegenüber den Unterrichtsangelegenheiten besteht. Man müßte den Mangel des Vertrauens zu sich selbst aufzuklären trachten und Wege finden zu einer gemeinsamen intensiven Arbeit, die beiden Seiten die besten Erfolge bringen würde. Die großpolnische Landwirtschaft muß daran denken, daß ihr sehr schwere Zeiten bevorstehen, daß die Konkurrenz mit unserem sehr fruchtbaren Osten von ihr sehr große Anstrengungen verlangen wird, und daß diese Anstrengungen nur dann gemacht werden können, wenn sie unterstützt werden durch hochentwickelte landwirtschaftliche Schul- und Versuchsanstalten.

X **Todesfall eines deutschen Zeitungsmannes.** Chefredakteur Alexis Drewing, Mitinhaber der „Neuen Lodzer Zeitung", ist, wie der „Kuj. Bote" berichtet, Dienstag früh auf dem Bahnhofe von Inowrocław, kurz nach seiner Ankunft aus Lodz, plötzlich, wahrscheinlich an einem Herzschlag, verschieden.

X **Gestorben** ist nach einer Operation in Krakau Dr. jur. Stefan Messor im Alter von 55 Jahren. Der Verstorbene stammte aus Kleinpolen (Galizien). 1920 wurde er an die Eisenbahndirektion in Posen berufen und 1921 wurde er ihr Vizepräsident. Die Leiche wurde nach Posen gebracht und hier beerdigt. Ansprachen hielten dabei Präsident Dobrzycki und namens der Mitarbeiter Dr. Stanisław Kłodnicki.

X **Mahnung zur Höflichkeit.** Das Ministerium hat eine Verfügung erlassen, durch die den Beamten die weitestgehende Höflichkeit gegen das Publikum zur Pflicht gemacht wird. Hoffentlich wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Soll man beim Gewitter radfahren? Eine Anzahl Radfahrer, die dabei Glück gehabt haben, bejahen diese Frage natürlich ohne weiteres; sie behaupten, durch die Gummireifen ihres Rades genügend isoliert zu sein. Auf der anderen Seite haben schon wiederholt Blitzschläge auf radfahrende Personen Veranlassung gegeben, sich mit dieser Frage ernstlicher zu beschäftigen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß das Fahrrad den Blitz anzieht. Deshalb sollte man bei Gewittern nur in Gehölz, aber nicht auf freien Flächen fahren. Wird man auf freiem Felde von einem Gewitter überrascht, soll man absteigen, das Rad flach auf die Erde legen und in einiger Entfernung davon das Wetter abwarten.

X **Ermäßigung der Kohlensteuer.** In den nächsten Tagen erscheint eine Verfügung der Minister für Handel und Gewerbe und Finanzen, die die Steinkohlensteuer neu regelt. Es werden folgende Grundsätze eingeführt werden: die Steuer soll einheitlich sein (nicht wie bisher, zweifacher Art). Für die schlesischen Kohlengruben wird die Steuer 5 Prozent des Kohlenpreises betragen, für die tiefen Bergwerke in Zagłębie 3 Prozent des Kohlenpreises. Die anderen Gruben, besonders die in Kleinpolen, sind von der Steuer befreit. Da diese neue Steuer niedriger ist, als die bisherige, wird sie auch eine Steinkohlenpreisermäßigung nach sich ziehen. Schätzungsweise wird angegeben, daß die Preisermäßigung 10 Prozent der heutigen Preise betragen wird.

X **Ein Transport vom 150 männlichen Arbeitern** aus Galizien stammend, ist heute nach Frankreich abgegangen und zwar zum ersten Male durch Deutschland, nachdem in dieser Beziehung eine Verständigung zustande gekommen war.

Einen Motorbootausflug nach Rom beabsichtigt ein Kreis von Sportsleuten Mitte Juli zu machen. Der Ausflug soll etwa 6 Wochen dauern.

□ **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen Mittwoch-Wochenmarkte zahlte man für das Pfd. Landbutter, bei geringer Zufuhr, 2 700 000 Mk., für die Mandel Eier, Massenzufuhr, 1 800 000 Mk., für das Pfd. Zwiebeln 1 Million, Kartoffeln 80 000 Mk., Spinat 1 Million, Äpfel 1—2½ Millionen, Erbsen 500 000 Mk., Spargel 1 300 000—1 800 000 Mk., Rhabarber 700 000 Mk., Schweinefleisch 1 500 000 Mk., Speck 1 200 000 Mk., Kalbfleisch 1 Million, eine Zitrone 150 000 Mk., eine Apfelsine 300 000 Mk., einen Hering 200 000 Mk.

X **Wegen Wohnungwuchers** verurteilte am 17. d. Mts. die 7. Strafkammer die Frau Professor Stefanie Kopytkowa zu einem Monat Gefängnis, 50 Złoty Geldstrafe, Publikationsbefugnis usw. Sie hatte im Januar d. Js. für die Abtretung ihrer in der ul. Wszystkich Świętych (fr. Allerheiligenstr.) belegenen Dreizimmerwohnung von einem Herrn Marjan Mielicki 1½ Milliarden Mark Entschädigung verlangt.

X **Die Dollarfälscher** kommen auf immer neue Tricks, um sich mühelos in den Besitz des nun zum Leben einmal unbedingt erforderlichen Kleingeldes zu setzen. Sie sind neuerdings dazu übergegangen, äußerst geschickt und täuschend ähnlich hergestellte, nur einseitig bedruckte Reklamedollarscheine, wie man sie früher ja auch in deutschen 100 Markscheinen kannte, zusammenzukleben und in den Verkehr zu bringen. In Posen si[nd] neuerdings zwei derartige Scheine von der Kriminalpolizei angehalten worden.

X **Ein Tanzabend der berühmten Tänzerin Olga Desmond**, die von ihrem vor 2 Jahren erfolgten Auftreten auch in Posen bekannt ist, findet Sonnabend abend im großen Apollosaale statt. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

Die Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen veranstaltet am Sonntag, dem 25. d. Mts., einen Familien-Ausflug nach dem Eichwald-Luisenhain. Treffpunkt: Endstation Wilda der Posener Straßenbahn, früh 7 Uhr.

X **Sein 25jähriges Jubiläum** begeht am Freitag dieser Woche der bei der Firma E. R. Bab, Alter Markt 46, seit seinem 16. Lebensjahre beschäftigte Bote und Lagerist Johann Ptak aus der Kleinen Gerberstraße 3.

X **„Hinaus in die Ferne"** dachten zwei 15jährige Burschen aus Königshütte in Oberschlesien, die von Abenteurerlust befallen wurden und nach Danzig zu reisen gedachten, um als Schiffsjungen sich anheuern zu lassen. Der eine stahl seinem Vater 20 Millionen, der andere 10 Millionen, verhältnismäßig kleine Beträge, mit denen man heut bekanntlich nicht allzu weit kommt. In Posen ging dann ihr Geld restlos zur Neige, und sie saßen hier im wahren Sinne des Wortes auf dem Trockenen. Die Polizei nahm sich jedoch ihrer liebevoll an und wird für ihr weiteres „Fortkommen" aber in anderem als dem von den Abenteurern erträumten Sinne sorgen und sie wieder nach Königshütte zurückführen.

X **In Gedanken zurückgelassen worden** ist auf dem Hauptbahnhofe ein Paket mit einer großen Menge Zigarren. Diese sind vom Bahnhofs-Polizeikommissariat in Verwahrung genommen worden.

X **Polizeiliche Hundeversteigerung.** Am Freitag findet um 11 Uhr vormittags im Starostwo Grodzkie, Zimmer 9, eine öffentliche Hundeversteigerung statt, in der folgende Hunde versteigert werden sollen: zwei schwarze Dobbermanns, ein schwarzer Pintscher (Hündin) und ein schwarzweißer Foxterrier. Die rechtmäßigen Besitzer können ihre Hunde bis zur angegebenen Zeit in Empfang nehmen.

X **Abhanden gekommen** ist ein dem Sanatorium in Unterberg gehörender Kahn mit der Aufschrift T. A. Sanatorjum, Puszczykowo; er ist wahrscheinlich in der Richtung nach Posen abgeschwommen.

X **Festgenommene Diebesbande.** Festgenommen wurden der 23jährige Ignatz Drajeczak, dessen Schwester Stanisława und der 17jährige Stefan Kaczmarski als Verüber dreier großer Geschäftsdiebstähle. Sie hatten die gestohlenen Sachen in ihrer Wohnung ul. Kraszewskiego 16/17 (fr. Hedwigstr.) unter den Dielen versteckt.

X **Beschlagnahmte Diebesbeuten.** Bei einer polizeilichen Haussuchung wurde eine ganze Wagenladung von Bettwäsche, die offenbar in einem Krankenhause oder dergleichen gestohlen worden ist, beschlagnahmt und kann im Zimmer 37 der Kriminalpolizei besichtigt werden. — Ebenso lagert auch eine goldene Damenuhr mit der Nr. 16 052, 585 gestempelt, mit einem vielleicht L. B. heißenden Monogramm und siebenzackiger Krone.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden aus einer Wohnung an der ul. Franciszka Ratajczaka 3 (fr. Ritterstr.) ein Krimmer- und ein Astrachan-Damenpelz im Werte von zwei Milliarden.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 12 Betrunkene, 16 Dirnen, 11 Diebe, 2 Hehler, 1 gesuchte Person, 1 Zuhälter, 1 weibliche Person wegen Unzuchtverdachts.

---

* **Bromberg,** 20. Mai. Zu einer Skandalszene kam es kürzlich früh morgens, wie der „Dziennik Bydgoski" meldet, in dem Café Olympia in der Fischerstraße. Der frühere Mitinhaber Kurletto hatte gedroht, daß er Gläubiger, die Forderungen an ihn stellen würden, niederschießen wolle. Dabei geriet er mit dem Oberkellner Sobczak in Streit, in dessen Verlauf Kurletto den S. mit einer großen Flasche über den Kopf schlug, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der Täter wurde verhaftet. — Auf der Kriminalpolizei zeigte eine Frau an, daß vor etwa 14 Tagen eine ihr unbekannte Frau in ihre Wohnung erschienen sei und ihr versprochen habe, ihren an Rheumatismus leidenden Mann innerhalb einer Woche gesund zu machen. Um aber die Heilung herbeiführen zu können, benötigte die Fremde einiger dem Kranken gehöriger Wertsachen, und vor allem seiner Kleidungsstücke. Die besorgte Ehehälfte händigte ihr auch wirklich die Uhr, zwei goldene Ringe und Garderobe ihres Mannes, zusammen im Werte von einer halben Milliarde Mark ein. Nun sind schon mehr als zwei Wochen vergangen, der Mann leidet noch immer an Rheumatismus, und die hilfsbereite Frau ist mit den ihr übergebenen Sachen verschwunden.

* **Culmer Stadtniederung,** 20. Mai. Durch Blitzschlag wurden am Freitag die Wirtschaftsgebäude des Besitzers Gerhard Bartel in Culmisch-Roßgarten eingeäschert.

* **Karschin** (Kr. Konitz), 20. Mai. Dieser Tage wurde der Hund des Försters Borowski von der Tollwut befallen und biß acht Personen, die sich sofort ins Pasteursche Institut nach Warschau begaben. Im Laden des Herrn Walkowski, in den er gelaufen war, tötete ihn ein Polizeibeamter mit 7 Schüssen.

* **Konitz** 15. Mai. Der 68jährige Arbeiter August Brünn beim Besitzer Janowski in Görsdorf wurde von einer Kuh gestoßen, sodaß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er nach drei Tagen verstarb.

* **Lissa,** 20. Mai. In der Stadtverordnetensitzung am 15. Mai kam es zu einem unliebsamen Vorgang. Nachdem der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Gutsche, die Versammlung eröffnet und das Protokoll der letzten Sitzung verlesen war, stellte der Stadtverordnete Poslednik einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung der vorhergegangenen Sitzung, indem er dem Vorsteher unrechtmäßiges Verfahren bei derselben vorwarf. Es handelte sich in der letzten Aprilsitzung um einen Antrag von den Stadtverordneten der Arbeiterpartei die Wahl eines zweiten Bürgermeisters betreffend, der auf der Tagesordnung unter die Gegenstände der geheimen Sitzung aufgestellt war, während die Antragsteller diesen Gegenstand in öffentlicher Sitzung verhandelt wissen wollten. Bei der deshalb folgenden Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und die Antragsteller verließen hierauf den Sitzungssaal in der Meinung, die Abstimmung wäre nicht rechtmäßig erfolgt. Wegen des in der gegenwärtigen Sitzung gestellten Antrages auf Ungültigkeitserklärung wegen des

---

Kleinigkeiten.

Es hat sich herausgestellt, daß in Posen immer noch Hakatisten leben, die trotz fünfjähriger Zugehörigkeit zu Polen noch immer nicht gelernt haben, die Landessprache zu begreifen. Zu diesen Hakatisten gehören auch die beiden Elefanten im hiesigen Zoologischen Garten.

Vor einigen Tagen, es war gerade sehr heiß, stehe ich vor dem Käfig dieser gewaltigen Tiere und beobachte aufmerksam, wie sie ein Bad nehmen. Zu diesem Zweck ziehen sie mit dem Rüssel das bereitstehende Wasser kräftig ein, um dann alle Körperteile kräftig zu duschen. Während dieser anregenden Beschäftigung kommt eine Schar Kinder mit Lehrerin und sie halten auch vor den seltsamen Tieren an. Die Kinder erheben ein lautes Jubelgeschrei, und machen den Elefanten stutzig. Sie rufen ihm zu: „do góry! do góry!" Doch der Elefant runzelt nur die Stirn und reagiert nicht darauf. Plötzlich rufen zwei auf einer Bank sitzende Offiziere: „Hoch! hoch!", und sofort horcht der Elefant aufmerksam hin, gehorsam, wie eben nur Elefanten sind, hebt er den Rüssel hoch in die Höhe! Zum allgemeinen Jubel der Kinder.

Das war nicht nur ein Zufall. Das Experiment wiederholte sich, zum Gaudium der Kinder, mehrere Male. Mir scheint, von diesen haarsträubenden Zuständen im Zoo hat der Okazistenverein noch keine Kenntnis. Man denke, ein Elefant versteht nur deutsch! Wo kommen wir hin, wenn das so weiter geht. Der Elefant muß umgehend ausgewiesen werden, weil er durchaus den bösen Willen hat, nicht polnisch verstehen zu wollen. Er hatte doch Zeit genug, in diesen fünf Jahren die Landessprache gründlich zu lernen.

Wenn der einzige Zoo in Posen solche Tiere beherbergt, was soll dann aus Posen werden? Es ist geradezu blamabel, daß hier noch keine gründliche Änderung eingetreten ist.

*

Im Großen Theater zu Posen wird Wagners „Tannhäuser" gegeben. Das ist eine romantische Oper, die sehr traurig endet, indem ja Elisabeth sterben muß, während der Tannhäuser mit dem grünenden Pilgerstab ebenfalls das Zeitliche zu segnen hat. Ich lese nun im Anzeigenteil einer hiesigen Zeitung, die sehr gerne Aprilscherze in jedem Monat des Jahres (mit Ausnahme des April) erfindet, daß im Großen Theater „Tannhäuser", komische Oper von Wagner, gegeben wird.

Also dies populäre Werk ist eine komische Oper. O, armer Richard, hast Du Dich nicht ob dieser prachtvollen Tat im Grabe umgedreht? Nun wird das Publikum in hellen Haufen hinrennen. Denn einen komischen Tannhäuser, wer wird sich wohl den entgehen lassen dürfen?

*

Wer hätte das gedacht! Der „Robotnik", der sehr oft sehr hübsche Dinge zu entdecken weiß, schreibt: „Am 1. Mai wurden in Polen neue Briefmarken zu 1, 2, 3, 5, 10, 15, 20, 30 und 50 Groschen eingeführt. Diese Briefmarken sind dem Faszismus gewidmet. Zu beiden Seiten des Kreises mit dem weißen Adler sind die Liktorenbündel „fascet" abgebildet, die in Rom von den Liktoren getragen wurden und gegenwärtig das Wappen der Faszisten bilden. Was bedeutet dieses faszistische Wappen auf den polnischen Briefmarken? Wer ist auf diesen Gedanken gekommen, und hat sich so etwas erlaubt? Warum soll die Rute die polnische Post symbolisieren? Wird sich die dumme Frechheit in Polen wieder straflos breit machen dürfen? Vielleicht sollen diese Ruten auch ein Symbol dessen darstellen, daß sie der Postdirektion für ihre skandalöse Wirtschaft zukommen?!

O, der „Robotnik" ist sehr böse über das Rutenbündel. Ich enthalte mich jeder Bemerkung und sage nur begeistert: „Wer hätte das gedacht!"

*

Auch Kühe können unter Umständen gefeiert werden. Warum auch nicht? Das „Schweizerische Zentralblatt für Milchwirtschaft" berichtet, daß in einer Stadt von Britisch-Kolumbien, einer recht rauhen und gebirgigen Gegend Nordamerikas, ein Festessen stattgefunden hat, um eine Kuh zu feiern, die man mit dem ersten Preise gekrönt hat. Die Kuh wurde mit folgendem Trinkspruch angeredet, nachdem man den Ehrengast, eine stattliche Kuh friesisch-holsteinischer Rasse, über und über mit Schleifen und Blumen geschmückt, in den Saal geführt hatte: „Meine Damen und Herren! Wir dürfen heute unter uns einen Ehrengast begrüßen. Dieser Ehrengast heißt May Echo, die edelste und tüchtigste ihres Geschlechtes in Kanada. May Echo ist eine Kuh, und in der Arbeit eines Jahres hat sie 15 433 Liter Milch gegeben und die entsprechende Menge Butter. Ich fordere Sie auf, alle das Glas zu erheben und auf das Wohl unseres Ehrengastes dieses Glas Milch zu leeren, das Ihnen von May Echo zu diesem Behufe gespendet worden ist!"

Ich kann mich in die Gefühle dieser Kuh hineinversetzen und ich vergieße Tränen der Freude für sie. Was mag sich das Tier gedacht haben, als es so feierlich begrüßt worden war? O, ich weiß, daß solche Momente nur im Leben einmal wiederkehren. Und ich weiß auch, daß ein Mensch wegen solcher Taten, die doch einen realen Hintergrund haben, kaum jemals eine solche Ehrung verdient.

Darum neigen wir das Haupt vor dieser Kuh. Sie ist die Kuh des Jahrhunderts, in dem wir leben. Eine solche Musterkuh wird uns nimmer wieder geschenkt. Hätten wir lauter solche Kühe, so könnten wir wirklich davon reden, daß wir das Land sind, in dessen Flüssen Milch fließt. Vom Honig nicht zu reden.

*

Daß die Deutschen an allen Unglücken schuld sind, wer wird das bei uns in Posen noch bestreiten. Sogar das so schwere, über unsere Stadt niedergegangene Gewitter, das so großen Schaden angerichtet hat, wird nun, so sagen wenigstens Gerüchte, der deutschen Revanchelust zugeschrieben. Die deutschen Techniker haben bekanntlich die „Hertzstrahlen" entdeckt, die dem Herrn Gabriel so merkwürdig geschadet haben, indem sie sein Flugzeug „zerstörten". Mittels dieser merkwürdigen Hertzstrahlen hat man nun auch die gewaltige elektrische Atmosphäre über Posen erzeugt, und die Folge davon war das schwere Gewitter.

Auf der Glogauer Straße ist ein ungeheures Loch entstanden. Einige sagen, der Blitz hätte dort eingeschlagen, andere wieder behaupten, daß das an der unordentlichen Kanalisation gelegen hätte, aber diejenigen, die das Gras in Posen wachsen hören, haben herausgefunden, daß dies bedauerliche Unglück nur den Hertzstrahlen zuzuschreiben sei.

O, bei uns in Posen sind sehr findige Leute, und es gibt immer noch gescheite Menschen genug, die auch daran glauben. Ich bin vollkommen überzeugen, daß dem auch so ist. Und ich mache dem Okazistenverein den Vorschlag, umgehend seine Getreuen versammeln zu wollen, die eine energische Abwehraktion vorbereiten. Ich mache den Vorschlag, diese neue Abwehrgarde mit Holzsäbeln auszurüsten, weil Holzsäbel gegen Hertzstrahlen immun sind. Wo kommen wir hin, wenn sich solche Dinge noch einmal ereignen sollten? Wie wäre es mit einer Antihertzstrahlliga? Es böte sich ihr ein weites und breites Tätigkeitsfeld.

*

Noch andere Dinge gibt es bei uns in Posen. So existiert auch eine neue Gazeta, die ich leider noch nicht zu Gesicht bekam, die „Gazeta dla wszystkich" heißt. Diese Gazeta wird nun eifrig von unserem Posener Witzblatt, dem „Kurjer Poznański", zitiert. Man wird wirklich vergnügt und wieder lebensfroh, wenn man dort solche schöne Dinge liest, wie z. B. den Artikel von der „hundertköpfigen deutschen Hydra in Polen". Deutschtumsbund, Logenwesen wird in einen Topf geworfen und in sehr witziger Form wird geschildert, wie man in Krotoschin (ausgerechnet!) Haussuchung in einer Loge gemacht habe und dort in einer „Geheimkammer" einen wirklich und wahrhaftig ganz wirklichen Totenkopf gefunden hätte, in dem sich — man denke — Geheimdokumente befunden haben.

Mir haben vor Schreck die Haare zu Berge gestanden. Wie mögen nur diese Geheimdokumente dort hineingekommen sein? Hoffentlich sind nicht aus der Kammer mit dem wahrhaftigen Totenkopf ein paar Motten hinausgeflogen, die man dann als Brieftauben verhaftet hat, da sie den Verkehr mit Berlin aufrecht zu erhalten dort gezüchtet worden sind.

Man hat auch herausgefunden, daß derjenige, der diesen Totenkopf findet, eines unnatürlichen Todes sterben wird, aber die Polizei hat sich nicht abhalten lassen, die Untersuchung fortzuführen. Nein, nein, man ist sehr tapfer. Trotz des unnatürlichen Todes werden die Geheimdokumente „untersucht" werden. Wehe Euch, Ihr Verschwörer, die Ihr in Totenköpfen Eure Geheimdokumente aufhebt. Sagt mir, wieviel Zentner Geheimdokumente habt Ihr denn dort drinnen verwahrt? Haben die Makkulaturwagen von Hartwig ausgereicht, sie fortzuschaffen? O, Ihr seid wirklich eine Hydra. Schade, daß ich nicht zeichnen kann. Ich würde ein Bild malen, daß die ganze Welt vor Freude wiehern sollte. Mindestens so wiehern müßte sie, wie ich gewiehert habe, als diese wundervolle Glanzleistung des „Kurjer Poznański" mit dem ernstesten Gesicht von der Welt, seinen gläubigen Lesern vorgesetzt ward. O, der Stachel dieses Totenkopfes sitzt tief im Fleisch der polnischen Kultur. Aber wir sind tapfer und sehr mutig, jawollja, wir nehmen den Kampf mit diesem geheimen Totenkopf, der als Dokumentenschrank benützt wurde, auf, und mit gezücktem Blechsäbel halten wir Wache vor dieser Hydra. Ja, und wir werden schon diese Geheimdokumente des Totenkopfes entziffern. Sollte auch die untersuchende Polizei eines „unnatürlichen Todes aussterben". Wir werden schon gegen diesen Stachel lecken. Das ginge doch mit dem Teufel zu, wenn wir es nicht schaffen könnten, wir, der „Kurjer Poznański" und die „Gazeta dla wszystkich".

Was macht man nun gegen solche Dinge? Nichts, lieber Leser! Gewöhne Dir eines an, was ich mir angewöhnt habe, werde ein Kinderfreund, und sei geduldig und von großer Güte!

*

Blut muß fließen! Das ist die Nationalhymne der Kommunisten. Nun hat sich dieses wunderbare Lied auch der „Kurjer Poznański" zu eigen gemacht. In einem Leitartikel, der von der Begnadigung der beiden Attentäter Wieczorkiewicz und Bagiński handelt, droht man mit erhobenem Finger dem Herrn Staatspräsidenten. Bei der Liebe und Freundschaft, die man dem Staatsoberhaupt entgegenbringt, müsse man verlangen, daß er nicht so ohne weiteres solche Verbrecher begnadige.

Es ist zwar eine Forderung der christlichen Liebe, kein Blut fließen zu lassen, aber in diesem Falle... Blut muß fließen! So singen die Kommunisten! Auch der „Kurjer" singt so ähnlich. Trotz christlicher Liebe und so! Ich will davon absehen, mich mit den Verbrechern selber zu beschäftigen. Aber daß dieses Blatt die kommunistische Nationalhymne anstimmt, das hat mich doch merkwürdig berührt. Nun wissen wir doch, wohin die Reise geht.

Doch der Herr Staatspräsident hat sich daran nicht gekehrt. Er hat so gehandelt, wie ihm die Sache recht erschien und er hat auch keine Veranlassung, hierüber Rechenschaft abzulegen. Aber daß der „Kurjer" dies Lied anstimmt, und „Blut" verlangt, das ist doch eigentlich für ein so christliches Blatt ein rechter Fortschritt.

Max Stacheldraht.

angeblich unrechtmäßigen Verfahrens legte Stadtv. Dr. Gutsche das Amt des Vorstehers nieder und sein Stellvertreter Raszewski übernahm die Leitung. Bei der hiernach folgenden Abstimmung wurde die Aprilsitzung für gültig und formgerecht anerkannt und hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

* **Pelplin, 16. Mai.** Aus dem Fenster gefallen ist in der Nacht zum Montag der 82 Jahre alte Ortsarme Balkowski. Wahrscheinlich hat sich Balkowski selbst aus dem Fenster gestürzt, da er in der letzten Zeit Zeichen von Melancholie an den Tag legte, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß er von allen seinen Angehörigen verlassen war, die nach Deutschland und Amerika ausgewandert sind.

* **Rawitsch, 20. Mai.** Die Tollwut nimmt im benachbarten deutschen Grenzkreise Guhrau trotz der verhängten Hundesperre immer mehr zu. So wurden dieser Tage zwei Personen aus Saborwitz und eine aus Lanken von zwei Hunden gebissen, bei denen Tollwut festgestellt werden konnte.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Kalisch, 19. Mai.** Dieser Tage wurde ein junger Mann festgenommen und durchsucht. Dabei wurden bei ihm Gegenstände gefunden, die beim Kirchendiebstahl vor einigen Tagen in der Franziskanerkirche abhanden gekommen waren. Es erwies sich, daß diese Gegenstände durch ihn, den 19jährigen Zygmunt Friedrich, der sich als Kaufmann und Sohn eines Lemberger Bäckermeisters ausgibt, gestohlen wurden. Er gestand, daß er sich eines Nachmittags in die Kirche einschlich und sich dort auf dem Chor versteckte. Als dann die Kirche zur Nacht abgeschlossen war, beraubte er die Altäre des goldenen und silbernen Schmuckes. Auf dem Chor nächtigte er, und am Morgen, nachdem die Kirchtüren wieder geöffnet waren, schlich er sich aus dem Gotteshause. Die Beute versteckte er unter dem Dache des Hauses, in dem er Unterschlupf gefunden hatte. Einiges hatte er schon zu Geld gemacht. Friedrich hat das vierklassige Progymnasium von Muszyński in Warschau beendet. Nach Kalisch kam er vor einigen Wochen, um sich hier eine Beschäftigung zu suchen. Er sagte, daß er darum den Kirchenraub wählte, weil dieser weniger das Gewissen belaste, als Raubmord.

* **Lemberg, 19. Mai.** Vor einigen Tagen sind in der Gemeinde Ostrow, Bezirk Jaroschau, durch die Explosion einer Granate zwei junge Menschen ums Leben gekommen. Ein Hirtenjunge fand eine Granate, die er mit dem Sohne seines Brotherrn, einem Hörer der Universität, einer Untersuchung unterzog. Plötzlich erfolgte eine Explosion, durch die der Hirtenjunge auf der Stelle getötet und der Student derart schwer verletzt wurde, daß er nach einigen Stunden qualvoller Leiden verstarb.

* **Lodz, 18. Mai.** Gestern früh um 5 Uhr wurde im Stadtwalde an der Konstantyner Chaussee der Mörder des Polizeisergeanten Luczak, Schmul Engel, durch Erschießen hingerichtet. Dem letzten Wunsch des Hingerichteten zufolge wurde die Leiche auf den jüdischen Friedhof gebracht und dort beigesetzt.

Aus Ostdeutschland.

* **Königsberg i. Pr., 17. Mai.** Ueber die Wirkung eines kalten Blitzstrahles wird folgendes berichtet: Dieser Tage zog bei ziemlich kühler Witterung über den Ort Tawellningken (Ostpr.) ein Gewitter, wobei der Blitz in die fast neue, massive Schule einschlug. Er fuhr in den Westgiebel durch eine im Dachgeschoß gelegene Oberstube des ersten Lehrers und verbreitete sich dann über die ganze unten gelegene Wohnung des zweiten Lehrers, fuhr durch die Eisenträger des darunter im Erdgeschoß liegenden Klassenraumes zum Hause hinaus und an der Dachrinne entlang auf der Hofseite in die Erde, wobei ein etwa einhalb Quadratmeter großes Loch aus den betonierten Fliesen gerissen wurde. Ein zweiter Strahl ging unter denselben Wirkungen am Westgiebel entlang hinab. In der Wohnung im Dachgeschoß wurde ein Fenstergerüst vollständig aus der Mauer gerissen, in das Zimmer geschleudert und zertrümmert. Aus einer Wand wurde ein etwa zwei Quadratmeter großes Stück Mauerwerk herausgerissen, die Möbel sind demoliert, die Tür wurde nebst Rahmen herausgerissen und fortgeschleudert. 60 Fensterscheiben und 12 Ornament-Füllungsscheiben der Tür sind zertrümmert. Holz- und Bretterteile waren bis 20 Meter, Glasscherben bis 40 Meter fortgeschleudert worden. Augenzeugen verglichen die Verwüstung in der Oberstube mit der Wirkung eines Volltreffers von großem Kaliber. Wie durch ein Wunder kamen die über hundert Kinder, die zur Zeit des Blitzschlages in drei Klassen unterrichtet wurden, und auch die Bewohner des Schulhauses mit dem bloßen Schrecken davon.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Bromberg, 19. Mai.** Vor der Strafkammer hatte sich der 34jährige Bankbote Franz Pyßtek zu verantworten, der angeklagt war, einen Mordanschlag auf seine Frau verübt zu haben. Schlechtes Zusammenleben und Treubruch der Frau führten ihn zum Verbrechen. Durch die Lebensführung seiner Frau aufs höchste empört, suchte er sie am 9. März d. Js. in einem Café auf und fand sie in Gesellschaft eines fremden Mannes. Er gab vier Revolverschüsse auf sie ab und verletzte sie schwer. Der Angeklagte bekannte sich schuldig und beschrieb in aller Ruhe den Verlauf des Vorfalls. Er hatte nicht die Absicht, sie zu töten, doch angesichts des öffentlichen Treubruchs seiner nicht mehr mächtig, habe er auf sie geschossen, die weder für ihn, noch für seine Kinder ein Herz gehabt habe, sondern lediglich dem Vergnügen und dem Flirt nachgegangen sei. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu dem Schluß, daß Pyßtek im Zustande höchster Gemütserregung gehandelt habe, und sprach ihn frei. Das zahlreich versammelte Publikum nahm das Urteil mit Genugtuung auf. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Schwiegermutter Pyßteks, die als Zeugin vor Gericht geladen war, ihre Tochter nicht in Schutz nahm, vielmehr Pyßtek verteidigte und um einen Freispruch ihres Schwiegersohnes bat.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. Belentschin. Kinder unter 14 Jahren, die in Begleitung Erwachsener reisen, bedürfen keiner besonderen Papiere, vor allen Dingen keines Passes. Wenn sie dagegen allein reisen sollen, müssen sie sich einen besonderen Schein von der zuständigen Polizeistelle aushändigen lassen.

O. Kr. Die Beantwortung dieser Frage hängt ganz allein von dem uns nicht bekannten Satzungs-Wortlaut der betreffenden Genossenschaft ab.

G. L. Ihre drei Fragen sind zu bejahen.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

♂ **Vom russischen Textilwarenmarkt.** Zu den Feiertagen wurden viele Fertigwaren verlangt, die aber vom Textiltrust nicht in genügender Menge zur Verfügung gestellt werden konnten. Hieraus erklärt sich auch die flaue Haltung, die schon seit längerer Zeit auf dem Moskauer Textilwarenmarkt vorherrscht. Der Mangel an Textilwaren ist übrigens zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß das allrussische Textilsyndikat größere Mengen bei dem Textiltrust eingekauft hat, um die vielen neugegründeten Kleinhandelsfilialen des Textilsyndikats in der Provinz zu versorgen. Im Zusammenhang hiermit sowie wegen der Erweiterung des Privathandels nimmt die Bedeutung der Moskauer Börse für den Textilmarkt immer mehr ab. Die Textilwarenpreise sind in den letzten Wochen im allgemeinen unverändert geblieben. Für Baumwollwaren hielten sie sich größtenteils auf der Höhe vom 1. März oder erfuhren in einzelnen Fällen einen Zuschlag von 3 Prozent. Der Gewinnzuschlag der größeren Händler beträgt 5 Prozent, der kleineren 7 bis 10 Prozent. Da so gut wie kein Angebot vorhanden war, kamen Abschlüsse in Mitkal und gewöhnlichem Baumwollstoff nicht zustande. Es waren nur einige Verkäufe in Leinenwaren zu den Preisen vom 1. März mit einem Zuschlag von 8 Prozent zu verzeichnen. In Wollwaren und Kleiderstoffen lag das Geschäft still.

Wirtschaft.

♂ **Polnische Zolleinnahmen 1924.** Die Einnahmen des polnischen Staates aus den Zöllen betrugen bis zum 20. April 40 602 832 Złoty, darunter Goldmünzen in Höhe von 3 324 447 Złoty. Auf die einzelnen Monate verteilen sich die Zolleinnahmen folgendermaßen: Januar 5 259 617 (Goldmünzen 559 427) Złoty, Februar 7 295 910 (Goldmünzen 572 873) Złoty, März 12 712 728 (Goldmünzen 1 204 472) Złoty, bis 20. April 15 712 572 (Goldmünzen 1 186 378) Złoty.

♂ **Der Saatenstand in Polen** ist für das Wintergetreide ungefähr folgender: Weizen 3,3, Roggen 2,9, Gerste 2,5, Zuckerrüben 2,7, Klee 3,2 (die Zahlen bedeuten: 5 ausgezeichnet, 4 gut, 3 mittel, 2 mäßig, 1 schlecht).

♂ **Ueber den Stand der Wintersaat in Litauen** berichtet das offiziöse Kownoer „Echo". Der verflossene Winter ist ebenso wie in Polen auch in Litauen für die Wintersaat ungünstig verlaufen. Da bereits Schneefälle eintraten, ehe die Erde gefroren war, ist ein großer Teil der Wintersaat vernichtet worden. Besonders schwer zu leiden hatten die Gebiete von Memel, Krottingen und Tauroggen, wo die Verluste 20—30 v. H. betragen sollen. In anderen Gegenden hat die Wintersaat weniger gelitten, doch schätzt man auch hier die vernichteten Flächen auf 12—17 v. H., so daß man allgemein für Litauen die durchschnittliche Einbuße an Wintersaaten mit 20 v. H. berechnet.

Von den Märkten.

Häute. Posen, 25. Mai. Frische Rinderhäute pro Pfund 0.32, trocken 0.48, Kalb gesalzen pro Stück 3.75, trocken pro Stück 1.6[illegible], Winterkatze 0.40, Kaninchen das Pfund 0.50, Sommerreh pro Stück 0.80, Hammel, trocken und wollig, erste Gattung pro Pfund [illegible], zweite Gattung 0.48, Hammel gesalzen, erste Gattung 0.32, kah [illegible], Pferd gesalzen Stück 11, trocken 9, Füllen gesalzen und trocken 2, Ziegen pro Stück 2,75, trocken 3, Zickel 0.90, Winterhase 0.48, Schwanzhaare 2, Mähnenhaare 0.70. Tendenz schwach. Mangel an Interesse.

Produkten. Kattowitz, 19. Mai. Weizen 26.35, Roggen 15.25, Hafer 15, Gerste 15; loko Verladestation: Leinkuchen 22.25, Rapskuchen 18, Weizenkleie 10.30, Roggenkleie 10.05. Tendenz: ruhig.

Lemberg, 19. Mai. Lebhafter Verkehr auf der Börse, Gesamtumsatz 265 Tonnen, Transaktionen in Weizen, Roggen und Hafer. Gesucht Hafer guter Qualität. Angebot genügend. Tendenz im allgemeinen behauptet. Preise für Hafer etwas stärker. Notiert wurden: Inlandsweizen (73/74) 19—20.25, kleinpolnischer Roggen (68/69) 11.25—12, (65/66) 10.25—10.75, kleinpolnische Braugerste 11.50—12, Durchmahlgerste 10—10.50, kleinpolnischer Hafer (44/45) 11—50—12.50.

Warschau, 19. Mai. Transaktion auf der Börse pro 100 Kilo netto in Złoty franko Verladestation: Kongreßroggen 116 f, garantiert (75 Tonnen) 12.64—12.78; 117 f (15) 12.20, Posener Einheitshafer (210) 14.16, Kongreß-Einheitshafer (125) 13.33½. Tendenz: ruhig.

Metalle. Berlin, 20. Mai. (Für 1 kg in Goldmark.) Elektrolytkupfer 1.26, Raffinade-Kupfer 1.04—1.06, Original-Hüttenweichblei 0.54—0.55, Hüttenrohzink 0.55—0.56, Remelted Plattenzink 0.48—0.49, Zinn (Banka Straits, Austral) 4.00—4.10, Hüttenzinn 3.00—4.00, Reinnickel 2.25—2.35, Antimon Regulus 0.73—0.75, Silber in Barren 900 fein 89.00—90.00.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 20. Mai. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 320, Aluminiumrohr 500, Kupferbleche 185, Kupferdrähte, Stangen 163, Kupferrohre o. N. 175, Kupferschalen 250, Messingbleche, Bänder, Drähte 170, Messingstangen 139, Messingrohre o. N. 185, Messingkronenrohr 200, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 205, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 285, Schlaglot 190.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 20. Mai.** Devisen unverändert. Staatspapiere: 4proz. Prämienanleihe (Miljonówka) 0.38, 6proz. Złotybons 0.70, 8proz. Goldanleihe 7.50, 6proz. Dollaranleihe 3.05. Effekten schwach. Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 8.25, Handlowy 9.75, Kredytowy 1.00, Handlowy Posen 3.40, Zachodni 2.35, Zw. Spół. Zarobk. 5.50. Industriewerte: Cerata 0.4, Kijewski 0.35, Puls 0.51, Spieß 1.13, Wildt 0.30, Siła i Światło 0.60, Chodorow 6.00, Czersk 0.90, Częstocice 2.90, Gosławice 1.45, Michałow 0.68, Ostrowite 2.00, W. Tow. Fabr. Cukru 4.20, W. T. K. Węgla 5.80, Polska Nafta 0.70, Nobel 1.23, Cegielski 0.60, Fitzner u. Gamper 5.75, Rau 0.75, Modrzejewski 8.60, Norblin 0.47, Ostrowieckie 9.00, Pocisk 1.35, Rudzki 1.75, Starachowice 3.20, Ursus 1.60, Wulkan 4.00, Zawiercie 45.00, Żyrardów 39.00, Haberbusch u. Schile 7.00, Emielow 0.90, T. H. T. 3.00, T. P. G. 2.75.

≠ **Goldmünzen bei der Bank Polski unverändert.**

≠ **Berliner Börse vom 20. Mai.** (In Billionen Mark.) Amsterdam 157.40, Brüssel 19.55, Christiania 58.65, Kopenhagen 71.42, Stockholm 111.92, Helsingfors 10.62, Mailand 18.85, London 18.355, Neuyork 4.19, Paris 22.74, Schweiz 74.56, Spanien 58.45, Japan 1.685, Wien 5.98, Prag 12.46, Jugoslawien 5.23, Budapest 4.53, Sofia 3.09, Danzig 73.41.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 19. Mai.** Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, Warschau, Kattowitz und Polennoten für 100 Złoty, übrige je 100 Einheiten.) Auszahlung: Warschau 80.97 G., 83.03 B., Bukarest 2.045 G., 2.075 B., Riga 81.30 G., 82.95 B., Reval 1.1005 G., 1.1325 B., Kowno 41.33 G., 42.17 B. Kattowitz 81,07 G., 83,13 B. — Noten: polnische 78.97 G., 83.03 B., lettische 78.48 G., 82.52 B., litauische 39.97 G., 42.03 B.

≠ **Züricher Börse vom 20. Mai.** (Amtlich.) Neuyork 5.6375, London 24.62, Paris 30.50, Brüssel 26.00, Amsterdam 211.00, Berlin 1.32, Wien 79.25, Prag 16.625, Mailand 25.04, Budapest 67.50, Sofia 4.075, Bukarest 2.45, Belgrad 7.00, Athen 10.00, Konstantinopel 3.00, Madrid 78.00, Helsingfors 14.00, Christiania 78.00, Kopenhagen 95.50, Stockholm 149.50.

≠ **Wiener Börse vom 20. Mai.** (Markt der polnischen Werte in 1000 Kr.) Mraźnica 66—72, Tepege 31—33, Montany 79, Zieleniewski 170, Apollo 600, Karpaty 220, Fanto 290, Galicja 1700, Schodnica 395, Lumen 17, Bank Hipot. 15,8, Kolej Północna 11.800, Nafta 320, Kolej Lwów Czern. 205, Bank Małopols. 9, Brow. Lwów 113, Nakszawa 34, Kolej Południ. 22, Alpiny 485, Silezja 211, Praskie Tow. Żelaza 1730, Huta Poldi 521, Portl. Zement 700, Rima 111, Goleszów 1100, Škoda 1151, Iriag 175.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	21. Mai	20. Mai
Bony Złote	0.60	0.62
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	—.—	2.80
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	3.00	3.00
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.)	—.—	6.00
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1.50	1.50
Bank Młynarzy I.—II. Em.	—.—	0.60—0.65
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	1.50	—.—
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	—.—	2.25
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.75—0.70	0.90—0.80
Centrala Skór I.—V. Em.	3.00	—.—
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	—.—	80
Goplana I.—III. Em. exkl. Kup.	2	2.20
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	0.35	—.—
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	3	3
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	—.—	3.60—3.50
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	65	—.—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	37	38.50—38
S. Pendowski I.—III. Em. exkl. Kup.	0.65	—.—
Płótno I.—III. Em.	0.45	0.40
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon	1.25	1.40—1.20—1.25
Pneumatik I.—IV. Em. ohne Bezugsr.	—.—	0.25
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	0.10	0.10
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	6.50	7.00
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.30	0.30
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	0.60	0.60
Zjed. Browar. Grodziskie I.—II. Em. exkl. Kupon	1.50	1.50

Tendenz: schwach.

Danziger Mittagskurse vom 21. Mai.

100 Złoty	111.— Gulden
1 Dollar	5.73 „

Warschauer Vorbörse vom 21. Mai.

(In Złoty).

Dollar 5.15—5.16. Engl. Pfund 22.47. Schweizer Franken 91.30. Franz. Franken 26.45.

Warschauer Börse vom 20. Mai.

Devisen (in Złoty):

Belgien	24.00	Prag	15.31
London	22.62½	Schweiz	92.0[illegible]
Neuyork	5.18½	Wien	15.31
Holland	194.15	Italien	23.00
Paris	28.10	Złotybons	—.—

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. Mai 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	20.00—22.00	Buchweizen	15.50—17.50
Roggen	11.75—12.25	Eßkartoffeln	4.00—5.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	34.50—36.50	Fabrikkartoffeln	—.—
Roggenmehl (70 % inkl. Säcke)	18.25—20.25	Roter Klee	67.00—128.00
Gerste	12.00	Weißer Klee	110.00—165.00
Braugerste	14.25—15.25	Blaue Lupinen	6.00—7.00
Hafer	11.75—12.75	Gelbe Lupinen	6.80—9.25
Weizenkleie	9.50	Wicken	8.00—8.75
Roggenkleie	9.00	Peluschken	7.75—8.50
Felderbsen	11.10—14.45	Roggenstroh, lose	1.20—1.50
Viktoria-Erbsen	26.00—30.00	„ gepreßter	2.70—2.90
		Heu, lose	3.00—3.50
		„ gepreßt	5.40—5.80

Weiß- und gelbfleischige Kartoffeln über Notiz. — Tendenz: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 21. Mai 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 77 Złoty, II. Sorte 67—69 Złoty, III. Sorte 46—48 Złoty. — **Kälber:** I. Sorte 67 Złoty, II. Sorte 56—58 Złoty, III. Sorte 43—45 Złoty.

II. Schweine: I. Sorte 72 Złoty, II. Sorte 64—66 Złoty, III. Sorte 56—58 Złoty.

III. Schafe: I. Sorte 54—56 Złoty, II. Sorte 47 Złoty.

Der Auftrieb betrug: 48 Ochsen, 175 Bullen, 200 Kühe, 374 Kälber, 1543 Schweine, 131 Schafe. — Tendenz: belebt.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A. sämtlich in Poznań.

Arbeitsmarkt

Suche für mein ca. 2500 Morg. großes Gut mit Rübenbau, durchaus tüchtigen und erfahrenen, energischen, evangelischen

Administrator

polnischer Staatsbürger, wenn möglich der polnischen Sprache mächtig. Es kommen nur Herren in Betracht, die schon selbständig mit Erfolg tätig gewesen sind. Lebenslauf, Zeugnisse, wenn möglich Bild einsenden unt. C. 7344 a. d. Geschft. d. Bl.

Für unsere Steindruckerei-Abteilung suchen wir möglichst bald einen tüchtigen

Steindruck-Maschinenmeister.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Suche zum 1. Juli d. Js. einen unverheirateten deutsch und polnisch sprechenden älteren oder jüngeren

Hofbeamten.

Es kommen nur Herren in Frage, die mit Lust und Liebe ihren Beruf ausüben. Zeugnisabschriften mit Gehaltsforderungen sind einzusenden unter S. 7325 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Jüngerer, schreibgewandter

Wirtschaftsassistent

beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, zum 1. 7. d. Js. auf 2000 Morgen große, intensive Wirtschaft in der Gegend von Szamotuły gesucht. Angebote unter M. 7340 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht für sofort bei hohem Gehalt erstklassig., älterer,

verh. oder unverh. Koch

für großen Schloßhaushalt in Dauerstellung. Lebenslauf, Zeugnisse mit Adressen, Photographie an **Reichsgräflich Hochbergsches Privatsekretariat zu Schloß Goraj,** poczta Czarnków, Poznańskie (bei Czarnikau, Posen).

Gebildete Stütze

gründlich erfahren in allen Obliegenheiten eines Landhaushaltes zur Entlastung der Hausfrau zum 1. Juni gesucht. Wirtin vorhanden. Offerten mit Zeugn., Beding. u. ev. Bild an

Frau Oekonomie-Rat Peschken,
Bodobowice, p. Inin.

Suche für meine Wirtschaft v. 1000 Morg. jung., energischen

Beamten,

polnisch sprechend.
Albrecht, Rittergutsbesitzer, Czeluscin p. Jarząbkowo, Kr. Witkowo.

Für größeres Lehr-Forstrevier wird von sogleich oder 1. Juli ein

Forstlehrling

mit guter Schulbildung gesucht, bzw. Forstlehrling der schon geleint, zur weiteren Vervollkommnung. Off. mit Lebenslauf unt. K. 7343 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Einen

Müllerlehrling

stelle von sofort ein. Nehme auch solchen, der schon in der väterlich. Mühle tätig gewesen.
J. Abraham, Mühlenbesitzer, Chodzież.

Eine ältere, evangelische

Stütze,

die selbständig kochen kann wird von sofort gesucht. ... nach Uebereinkunft.
J. Abraham, Mühlenbesitzer, Chodzież.

Stellengesuche

Inspektor, Berufslandwirt, ledig, 26 J. alt, d. poln. Spr. in Wort u. Schrift mächtig, sucht, gestützt auf sehr gute Zeugnisse und Empfehlungen, ab 1. 7. 24 Stellung als **erster od. alleiniger**

Beamter

unter Leitung. Gefl. Zuschr. unter M. 7341 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Gelernter Förster,

26 J. alt, unv. sucht v. sofort oder später Stellung. Bin in allen Zweigen bewand., Kultur, Holzeinschlag usw., was ich durch Referenz. nachweisen kann. Beider Spr. in Wort u. Schrift mächtig. Uebernimmt auch Stelle als Verheirateter. Off. unter 7342 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Brennereiverwalter

mit 6jährig. Praxis, gute Zeugnisse, der polnischen u. deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sucht zum 1. 7. als Verh. Stellung am liebst. gleichz. als **Inspektor**. Offert. bitte an **Gorzelnia Jerka,** pow. Koscian einzusenden.

Erfahrener Mann

in großem Unternehmen viele Jahre tätig, **sucht Posten** als

Magazinverwalter

oder dergleichen. Gefl. Offert. bitte unter F. 7322 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Tüchtig. Müllergeselle, guter Mühlenführer, mit sämtlichen Reparaturen vertraut, in Motor- u. Wasserbetrieb kundig, **sucht für sofort Stellung,** evtl. als Selbständiger. Angeb. unter 7319 an die Geschft. d. Bl.

Deutscher Eisenbahner sucht **Arbeit, gleichviel welche.** Angebote unter **7350** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stenotypistin

sucht Nebenbeschäftigung in den Nachmittags- od. Abendstund. (auch schriftl. Arbeiten in oder außer dem Hause.) Ang. unt. 7265 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Empfehle mich als **Hausschneiderin,** auch aufs Gut. Off. u. 7337 a. d. Geschft. d. Bl.

Evgl. Fräulein

in gesetzten Jahren, m. langjähr. Erfahrungen im Kassenwesen, Abrechnung u. Buchhaltung, sucht zum 1. Juli od. später entspr. Stellung in Posen od. Provinz. Refer. u. gute Zeugn. vorh. Gefl. Off. u. K. 7348 a. d. Geschft. d. Bl.

Zur Beachtung!

Auf die unter **„Chiffre"** veröffentlichten **Anzeigen** können und dürfen wir **keinerlei Auskunft** geben. Reflektanten bitten wir sich stets **schriftlich** zu bewerben und die **betreffende Nummer der Anzeige** in den Brief oder auf das Kuvert zu schreiben und an die Geschäftsstelle des **„Posener Tageblatts", Poznań, Zwierzyniecka 6** zur Weiterbeförderung zu senden.

Die Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".

Der Magistrat eröffnete die **Flußbadeanstalten** an der Brama Dębińska, den 20. Mai, an der Bocianka, den 19. Mai, an der Cybina, den 21. Mai, frühere Zeidlersche Badeanstalt wird Ende Mai eröffnet.

Magistrat VII.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt .... in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit 1 Posener Tageblatt (Posener Warte) für den Monat Juni 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....